

BERND STEGER

GENERAL CLAYS STABSKONFERENZEN
UND DIE ORGANISATION
DER AMERIKANISCHEN MILITÄRREGIERUNG
IN DEUTSCHLAND

Die „Clay-Minutes“ als historische Quelle

Als Lucius D. Clay am 16. April 1978 starb, war er den Verfassern der Nekrologe nur mehr als der „Blockadebrecher“, als „Vater der Luftbrücke“ und als „Retter Berlins“ in Erinnerung geblieben¹. Diese Titel beziehen sich auf das legendäre Unternehmen, in dem Clay 462 Tage lang die Versorgung Berlins auf dem Luftwege gesichert hatte, nachdem die Sowjets am 24. Juni 1948 alle Land- und Wasserwege zwischen den Westzonen und den Westsektoren Berlins abgesperrt hatten. Clays damaliges Engagement darf sicher nicht unterbewertet werden. Die im folgenden zu beschreibende Quelle zeigt aber Clay nicht so sehr als brillanten Logistiker und militärischen Oberbefehlshaber der amerikanischen Truppen in Europa, sondern in erster Linie als Militärgouverneur in Deutschland, als der er an der Spitze eines nahezu omnipotenten Militärapparates zwischen 1945 und 1949 den Alltag der Deutschen insbesondere in der US-Zone gesetzgeberisch, regierend und verwaltend bestimmt und in den übrigen Zonen zumindest beeinflusst hatte.

Clay war im April 1945 zum Stellvertreter General Eisenhowers als Militärgouverneur in Deutschland ernannt worden und hatte wenige Tage später den Befehl über die U. S. Group Control Council (Germany) (USGCC) erhalten². USGCC war damals eine Gruppe von einigen hundert ausgewählten Offizieren und Zivilisten, alles hochspezialisierte Fachleute für die zivile Verwaltung, die nach der Kapitulation Deutschlands die Regierung übernehmen sollten³. Wenn Clay in seinen Erinnerungen dennoch über seine damalige Ernennung schrieb, daß er einen „Titel ohne Amt“ erhalten habe⁴, so bedarf dies einiger Erläuterungen.

¹ So z. B. Der Spiegel Nr. 17 vom 24. 4. 1978, S. 102 ff.; Die Zeit Nr. 17 vom 21. 4. 1978, S. 10.

² USGCC General Order Nr. 16, 25. 4. 1945, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München (IfZ), MA 1417.

³ Zur Ausbildung amerikanischer Offiziere für zivile Verwaltungstätigkeiten vgl. K. E. Bungenstab, Die Ausbildung der amerikanischen Offiziere für die Militärregierungen nach 1945, in: Jahrbuch für Amerikastudien, German Yearbook of American Studies 18 (1973), S. 195 ff.

⁴ L. D. Clay, Entscheidung in Deutschland, Frankfurt/M. 1950, S. 22.

Die vom amerikanischen Präsidenten Roosevelt am 24. Januar 1943 verkündete Doktrin der „bedingungslosen Kapitulation“ Deutschlands sollte der Anti-Hitler-Koalition als Hebel für die Liquidierung des nationalistischen Regierungs- und Wirtschaftssystems und gleichzeitig für den Neuaufbau Deutschlands nach demokratischem Muster dienen⁵. Es lag nahe, daß diese Aufgaben zunächst von den Truppen der alliierten Streitkräfte zu übernehmen waren. Die amerikanische Armeeführung hatte deshalb schon seit Kriegsbeginn Offiziere für das geplante Vorhaben einer Militärregierung ausgebildet und bemühte sich, sie in die militärische Kommandostruktur der in Europa kämpfenden Verbände einzugliedern⁶.

Mit der Vorbereitung der Invasion britischer und amerikanischer Truppen in Nordfrankreich vollzog sich im Januar 1944 eine größere Umgestaltung der Kommandostruktur der alliierten Streitkräfte in Westeuropa. General Eisenhower wurde damals zum Oberkommandierenden der britischen und amerikanischen Streitkräfte ernannt und in seinem Stab, den Supreme Headquarters, Allied Expeditionary Forces (SHAEP), eine G-5 Division mit der gesamten Planung der Zivilangelegenheiten in Westeuropa eingerichtet. Innerhalb dieser Division wurde eine „German Country Unit“ aus britischen und amerikanischen Offizieren gebildet, die zunächst ihre eigene Organisation festlegen sollte, die „zur Kontrolle der deutschen Zivilverwaltung von dem Zeitpunkt an notwendig ist, wenn die alliierten Streitkräfte Deutschland betreten, bis zur Übernahme der Kontrolle durch eine Alliierte Hohe Kommission“⁷.

Die Arbeit der German Country Unit war sehr schwierig, weil ihre Offiziere ohne taugliche politische Richtlinien arbeiten mußten und weil ihr Auftrag im Laufe der Zeit mehr und mehr in Frage gestellt wurde. Am diplomatischen Tisch hatten die Briten nämlich während der Sommermonate 1944 das ursprüngliche Konzept eines gemeinsamen anglo-amerikanischen Teams für die Militärregierung in Deutschland zugunsten getrennter und souveräner Zonenverwaltungen aufgegeben⁸.

⁵ G. Moltmann, Die Genesis der Unconditional Surrender-Formel, in: Probleme des zweiten Weltkrieges, hrsg. von A. Hillgruber, Köln 1967, S. 171 ff.

⁶ Vgl. dazu vor allem E. F. Ziemke, The U. S. Army in the Occupation of Germany 1944–1946, Washington D. C. 1975, dem die folgende Darstellung wertvolle Hinweise verdankt; ferner F. C. Pogue, The Supreme Command, Washington D. C. 1954, S. 66 ff. und 399 ff.; H. L. Coles, A. K. Weinberg, Civil Affairs: Soldiers Become Governors, Washington D. C. 1964.

⁷ German Country Unit, Hist. Div., Hist. Statement of the German Country Unit, I/3, National Archives, Washington D. C. (NA), SHAEP G-5/60, 1.

⁸ Aus Rücksicht auf den Argwohn der Sowjets gegenüber der engen angloamerikanischen Kooperation in SHAEP, aber auch aus strategischen Überlegungen und nationalen Interessen entschlossen sich die politischen und militärischen Führer in London und Washington zu getrennten Planungen und Durchführungen der Militärregierungen und deren Politik. Vgl. Schreiben des amerikanischen Botschafters in London Winant an Außenminister Hull, 28. 7. 1944, in: Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers (FRUS) 1944 I, S. 261 f.

Im Juni 1944 mußte Eisenhower befürchten, daß seine Truppen die deutschen Grenzen überschreiten würden, ohne daß ihm eine geeignete Organisation zur Verfügung stand, die sofort die Aufgaben einer Militärregierung in der den US-Truppen zugewiesenen Zone hätte übernehmen können. Er mußte außerdem damit rechnen, daß die seit Dezember 1943 in London tagende „European Advisory Commission“ (EAC)⁹ ihn plötzlich mit der Bereitstellung einer Organisation beauftragen würde, die in der interalliierten Gesamtverwaltung Deutschlands mitwirken sollte. Eisenhower schickte deshalb Ende Juni 1944 General Cornelius W. Wickersham mit dem Auftrag nach Washington, von der amerikanischen Regierung und vom Joint Chief of Staff (JCS)¹⁰ die Genehmigung für die Errichtung eines Planungsstabes zur Vorbereitung der zivilen Verwaltung in Deutschland zu erreichen¹¹.

Noch bevor der JCS am 5. August 1944 der Forderung Eisenhowers entsprach, begann Wickersham unmittelbar nach seiner Rückkehr nach London zusammen mit General John E. Lewis und später mit den Generälen Eric F. Wood und Bryan L. Milburn die Organisierung der USGCC¹². Ihre Aufgabe bestand wie die der bereits bestehenden German Country Unit in der Planung und Vorbereitung des Kontrollapparates für Deutschland in Anlehnung an die Richtlinien der EAC und, wo solche fehlten, in Übereinstimmung mit den Direktiven der amerikanischen Deutschlandpolitik¹³.

⁹ Die EAC war im Oktober 1943 auf der Moskauer Außenministerkonferenz beschlossen worden. Sie sollte engste Zusammenarbeit zwischen den Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und der Sowjetunion bei der Prüfung europäischer Fragen garantieren, die mit der Fortentwicklung des Krieges auftauchen würden. Siehe dazu H. G. Kowalski, Die „European Advisory Commission“ als Instrument alliierter Deutschlandplanung 1943–1945, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ) 19 (1971), S. 261 ff.

¹⁰ Der Vereinigte Generalstab war nach der ersten Kriegskonferenz in Washington (22. 12. 1941–14. 1. 1942) gebildet worden. Er setzte sich aus dem ranghöchsten Offizier der amerikanischen Armee Gen. George C. Marshall, dem Chief of Naval Operations Adm. Ernest G. King und dem Com. Gen. der Army Air Forces Henry H. Arnold zusammen. Den Vorsitz führte Adm. William D. Leahy als Chief of Staff for the President. Im März 1943 wurde dem JCS eine „Civil Affairs Division“ (CAD) unter der Führung von Gen. John H. Hilldring unterstellt, die im War Department für Probleme der Militärregierungen und Zivilverwaltungen verantwortlich war.

¹¹ Report of Gen. Wickersham on Visit to Washington vom 17. 7. 1944 NA, USFET, Sec. Gen. 319/1,4. Wickersham war 1942 zum ersten Direktor der School of Military Government an der University of Virginia ernannt worden. Seit Januar 1944 war er militärischer Berater der amerikanischen Delegation bei EAC in London. Im Mai 1944 holte ihn Eisenhower in seinen Stab und am 5. 8. 1944 wurde er vom JCS zum Deputy of USGCC ernannt. In dieser Position wurde er am 25. 4. 1945 von Clay abgelöst und diesem als Assistant Deputy Military Governor unterstellt, nachdem er offensichtlich bei der CAD des JCS in Ungnade gefallen war. Am 26. 5. 1945 bat er um seine Entlassung aus USGCC. Vgl. dazu Ziemke, The U. S. Army, S. 221 ff.

¹² Headquarters USGCC, Historical Statement (Draft), 31. 10. 1944, NA, SHAEF G-5/30.

¹³ Establishment of USGCC in: History of USGCC, NA, RG 260 OMGUS, AG 1944–1945; 1,3.

Die Startbedingungen für die USGCC waren denkbar schlecht; denn ein Konflikt zwischen den beiden Planungsstäben für die Militärregierung in Deutschland war praktisch vorprogrammiert. Während die USGCC als ein Ein-Mann-Betrieb begann, ohne festen Platz in der Kommandostruktur der Armee und lediglich Eisenhower als kommandierendem General der amerikanischen Streitkräfte in Europa (European Theater of Operations, U. S. Army, ETOUSA) unterstellt, bestand die German Country Unit im Sommer 1944 als eine Gruppe von rund 150 besonders ausgebildeten Offizieren, nicht nur mit einem „feeling of group existence and moral“¹⁴, wie einer ihrer Chronisten feststellte, sondern auch mit relativ klar entwickelten Vorstellungen über die künftigen Aufgaben in Deutschland.

Wickersham beschränkte sich in seiner Arbeit zunächst nur auf die Planung der Demobilisierung und Entwaffnung der deutschen Wehrmacht und damit zusammenhängender Probleme¹⁵. Seine Gruppe bestand anfangs aus drei Abteilungen. Eine „Armed Forces Division“ unter Gen. Lewis befaßte sich mit der Auflösung des deutschen Militärapparates und der Versorgung und Repatriierung von Kriegsgefangenen; darüber hinaus sollte sie einen Nachrichtendienst für deutsche Forschungen und Erfindungen aufbauen. Eine „Military Government Division A“ (Gen. Wood) arbeitete an möglichen wirtschaftlichen Folgeproblemen des deutschen Zusammenbruchs, und eine „Military Government Division B“ (Gen. Milburn) beschäftigte sich mit Planungen für allgemein politische Veränderungen¹⁶.

Am 14. November 1944 verabschiedeten die Mitglieder der Europäischen Beratenden Kommission in London ein „Agreement on Control Machinery in Germany“¹⁷, das auch zur Grundlage für die Reorganisation der USGCC wurde. Aus den ursprünglich drei Abteilungen wurden zwölf, die nach folgenden Sachgebieten gegliedert wurden: Für die Demobilisierung der deutschen Streitkräfte wurde die „Armed Forces Division“ in eine Army (ground), eine Naval und eine Air Division aufgeteilt¹⁸. Die Repatriierung von Kriegsgefangenen und Fremdarbeitern wurde Aufgabe der neugebildeten „Prisoners of War and Displaced Persons

¹⁴ Hist. Statement of the German Country Unit, August 1944, IfZ, Dk 100.004.

¹⁵ In seinem Schreiben anlässlich der Reise Wickershams nach Washington hatte Eisenhower sich auf diese Teilgebiete beschränkt und erst in zweiter Linie an den Aufbau eines Planungsstabes für den künftigen Kontrollapparat gedacht. Siehe Memorandum Eisenhowers für JCS, 20. 6. 1944, NA, SHAEF G-5/115.05 A.

¹⁶ History, Office of Military Government for Germany (US), (USGCC) to Nov. 1945, NA, RG 260 OMGUS, 5/12-1,7.

¹⁷ „Agreement on Control Machinery in Germany“ vom 14. 11. 1944, in: FRUS, The Conferences at Malta and Yalta 1945, S. 124 ff.

¹⁸ Im Oktober 1945 gab es in dieser Abteilung noch einmal eine Umstrukturierung. Die Bereiche der Air Division und der Army (ground) Division wurden zur Armed Forces Division zusammengelegt und die Naval Division wurde zum Office of Naval Adviser. Vgl. Protokolle der Stabskonferenzen der amerikanischen Militärregierung vom 6., 13. und 20. 10. 1945, IfZ, Fg 12.

Division“ (PW/DP). Ihr oblag außerdem die Registrierung der Kriegsgräber von Gefallenen der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen. Die „Military Government Division A“ wurde aufgelöst in eine „Economics Division“ (ECO), die sich mit Planungen für Ernährung und Landwirtschaft, Energie und Brennstoffversorgung, Handel und Industrie, sowie mit Problemen der Preiskontrolle und Rationierungen und mit Bedarfs- und Zuteilungsplanungen für Rohstoffe beschäftigte; eine „Finance Division“ (FIN) war für die Kontrolle der öffentlichen Haushalte, der Banken und des Geldverkehrs zuständig und befaßte sich mit allgemeinen Währungsfragen. Die „Military Government Division B“ wurde ebenfalls aufgelöst. Aus ihr entstanden die „Political Division“ (POL) für außenpolitische Fragen und den Schutz amerikanischer Interessen in Deutschland; außerdem hatte sie Beraterfunktion für Probleme des öffentlichen Informationsdienstes. Die „Internal Affairs and Communications Division“ (IAC) sollte die öffentliche Sicherheit einschließlich der Polizei, das Gesundheits- und Wohlfahrtswesen sowie den Post- und Fernmeldeverkehr kontrollieren und sich um das Erziehungswesen und Probleme des öffentlichen Dienstes kümmern. Neben den genannten Abteilungen wurde eine „Transport Division“ (TPT) für allgemeine Verkehrsangelegenheiten, Eisenbahn- und Straßenbau, sowie für die Binnenschifffahrt gebildet¹⁹; eine „Reparations, Deliveries and Restitutions Division“ (RDR) sollte für die Überwachung und Durchführung der Reparationsleistungen und Demontagen sowie für die Rückerstattung und Kontrolle von ausländischen Vermögen zuständig sein; die „Legal Division“ (LEG) übernahm neben der Beraterfunktion für den Militärgouverneur und seinen Stab in Fragen des deutschen und internationalen Rechts die Aufsicht über das gesamte Gerichts- und Gefängniswesen einschließlich der Vorbereitung und Durchführung der Kriegsverbrecherprozesse. Schließlich wurde noch eine „Manpower Division“ (MAN) gebildet, die sich um Arbeits- und Sozialfragen, Arbeitsprogramme und Löhne zu kümmern hatte und den Aufbau einer demokratischen Gewerkschaftsorganisation in Deutschland besorgen sollte²⁰.

Die Vereinbarung der Europäischen Beratenden Kommission über den Kontrollapparat in Deutschland bedeutete für die USGCC eine Festigung ihrer Position innerhalb des amerikanischen Militärapparates. Die beiden Planungsstäbe USGCC und German Country Unit hatten sich zwar schon am 23. August 1944 im „Treaty of Portsmouth“ darauf festgelegt, daß die USGCC die Planungen der künftigen Aufgaben der Militärregierung für die Zeit nach der deutschen Kapitulation vorantreiben und erst nach der Einsetzung eines interalliierten

¹⁹ Die Kontrolle der Hochseehäfen und der Küsten- und Hochseeschifffahrt lag im Geschäftsbereich der Naval Division.

²⁰ Eine genaue Funktionsbeschreibung der einzelnen Abteilungen findet sich in Organization Plan, Office of Military Government for Germany (US), NA, RG 260 OMGUS, AG, 1944-1945; 3,5.

Kontrollorgans auch die Durchführung der Politik übernehmen sollte²¹. Bis zu diesem Zeitpunkt blieb die SHAEF-Einheit alleiniges Exekutivorgan, und sie sollte sich in ihrer Arbeit an den langfristigen Planungen der USGCC lediglich orientieren.

USGCC war somit an drei übergeordnete Instanzen gebunden. Als Planungsstab für die in Aussicht genommene interalliierte Kontrollbehörde mußte sie sich an den Beschlüssen der EAC orientieren bzw. sie sollte ihre Arbeit mit den Planungen der britischen und sowjetischen Kontrollratsgruppen koordinieren²². Die Verbindung zur britischen „Control Commission (Military Section)“ (CCMS) funktionierte aber nur über die Kommandokanäle von SHAEF G-5, die in eifersüchtiger Konkurrenz darauf achtete, daß sich kein Militärregierungsapparat außerhalb oder neben den normalen Dienstwegen entwickeln konnte. Nicht zuletzt hatte sich die USGCC aber auch nach den allgemeinen politischen Richtlinien und Deutschlandplanungen des War Department bzw. der Regierung in Washington zu richten.

Wie schwierig es für Wickersham und seinen Stab war, unter solchen Bedingungen längerfristige politische Konzeptionen zu entwerfen, beleuchtet z. B. die Diskussion um die berühmte Direktive JCS 1067. Dieses Dokument war eine Anweisung des Vereinigten Generalstabs der US-Streitkräfte an Eisenhower hinsichtlich seiner Aufgaben als Militärgouverneur in Deutschland. In der Interimsfassung vom 22. September 1944²³ hieß es in bezug auf die Entnazifizierungsbestimmungen, daß der Militärgouverneur alle Inhaber von Schlüsselpositionen im politischen, wirtschaftlichen und öffentlichen Leben sowie alle Nazi-Funktio-

²¹ Memorandum on Relationship between SHAEF and the British and US Elements of the Control Council Commission vom 23. 8. 1944, NA, SHAEF G-5/30.

²² Die Briten hatten schon kurz nach der Moskauer Außenministerkonferenz im Oktober 1943 Überlegungen zur Bildung einer „Control Commission (Military Section)“ als Kontrollapparat für die deutsche Zivilverwaltung begonnen. Dieser Stab wurde im März 1944 eingerichtet und war wie die USGCC für die Planung und Koordinierung der politischen und wirtschaftlichen Tätigkeit der britischen Militärregierung in Deutschland verantwortlich. Siehe dazu F. S. V. Donnison, *Civil Affairs and Military Government, North-West Europe 1944-1946*, London 1961, S. 250 ff. Die Sowjets waren über ihre Militärmission in London bzw. durch die EAC und seit Dezember 1944 durch direkte Kontakte zu Gen. Wickersham über die britischen und amerikanischen Planungsstäbe unterrichtet; vgl. Protokolle der Stabskonferenzen der USGCC vom 4. und 8. 12. 1944, IfZ, Fg 12. Eine Einladung zu gemeinsamen Planungen lehnten sie damals aber noch mit dem Hinweis ab, daß sie für solche Zwecke keine Offiziere freistellen könnten. *History, Office of Military Government for Germany (US), (USGCC) to Nov. 1945*, NA, RG 260 OMGUS, 5/12-1,7. Der Aufbau der französischen Militärverwaltung für Deutschland begann erst im März 1945 und lehnte sich stark an die Organisationsform der USGCC an; vgl. Protokolle der Stabskonferenzen der USGCC vom 9. 4. und 23. 4. 1945, IfZ, Fg 12.

²³ Directive to Supreme Commander, Allied Expeditionary Forces Regarding the Military Government of Germany in the Period Immediately Following the Cessation of Organized Resistance (Post-Defeat) vom 22. 9. 1944, in: FRUS, *The Conferences of Malta and Yalta 1945*, S. 143 ff.

näre und alle Nazi-Sympathisanten sofort zu arrestieren habe. Demgegenüber verlangte aber das EAC-Agreement betr. den Kontrollapparat in Deutschland, daß die Divisions durch die ihnen korrespondierenden deutschen Ministerien und zentralen Behörden agieren sollten²⁴. Solche Widersprüche, die Unsicherheit und die ständigen Revisionen in der amerikanischen Deutschlandplanung und vor allem die Tatsache, daß die USGCC von ihrer Aufgabenstellung her und durch die Sonderstellung innerhalb des militärischen Apparats als ein „akademischer“ Planungsstab ohne Entscheidungsbefugnis und aktive Einsatzmöglichkeit arbeiten mußte, waren die Ursachen dafür, daß sie sich zu einem „kopflastigen Gebilde“²⁵ auswuchs, das sich von den übergeordneten Militärstellen in Washington den Vorwurf der „Ineffektivität und Nutzlosigkeit“ gefallen lassen mußte²⁶.

Die endgültige Entscheidung über die Zukunft der USGCC fiel überraschend im Frühjahr 1945 im Zusammenhang mit der Berufung Clays zum Stellvertretenden Militärgouverneur. Eisenhower hatte schon frühzeitig sein Desinteresse an der Übernahme der Zivilverwaltung in der US-Zone erkennen lassen, um die Hände für noch notwendige militärische Operationen frei zu haben²⁷. Daß die Wahl für diese Aufgabe auf Clay fiel, war weniger überraschend, als die Tatsache, daß er als Stellvertretender Militärgouverneur ausgerechnet an die Spitze der so in Mißkredit geratenen USGCC gestellt wurde.

Bevor Clay sein Amt antrat, hatte er Eisenhower seine Vorstellungen über seinen künftigen Aufgabenbereich vorgelegt²⁸. Er insistierte auf eine vom Armeekommando unabhängige und Eisenhower unmittelbar unterstellte Position als „adviser to the Chief of Staff and the Commanding General for Military Government within the US Zone of occupation“. Als solcher wollte er direkt durch SHAEF G-5 mit den ihr untergeordneten Einheiten zusammen arbeiten. Eisenhowers Direktive über die Beziehungen zwischen der USGCC und SHAEF G-5 vom 29. April 1945 schrieb Clays Forderungen nahezu bis in die letzten Einzelheiten fest²⁹. Clay wurde Deputy Military Governor und gleichzeitig Deputy Chief of Staff und Commanding General der USGCC. Durch die Verbindung dieser drei Ämter war sichergestellt, daß die Entwicklung von politischen Richtlinien und deren Anwendung in einer Hand lagen. Fünfzehn Monate lang hatte man in Washington und im Kommando der amerikanischen Truppen in Europa an der Lösung des Problems der Militärregierung für Deutschland geknobbelt.

²⁴ Agreement on Control Machinery in Germany, in: FRUS, The Conferences of Malta and Yalta 1945, S. 125.

²⁵ So R. Murphy, *Diplomat unter Kriegern. Zwei Jahrzehnte Weltpolitik in besonderer Mission*, Berlin 1965, S. 305.

²⁶ Vgl. dazu E. F. Ziemke, *The U. S. Army*, S. 222 f.

²⁷ R. Murphy, *Diplomat unter Kriegern*, S. 278 f.

²⁸ J. E. Smith, (Ed.), *The Papers of General Lucius D. Clay, Germany 1945–1949 (Clay-Papers)*, Bloomington-London 1974, S. 4 f.

²⁹ *The Relationship of the Deputy Military Governor and the United States Group Control Council (Germany) to the Theater Staff*, 29. 4. 1945, NA, USFET, Sec. Gen. 322/3.

Nachdem sie jetzt gefunden war, war die Erleichterung in allen damit befaßten Gremien zu spüren³⁰.

Der amerikanische Präsident, sein militärischer Beraterstab in Washington und nicht zuletzt Clay selbst waren von Anfang an davon überzeugt, daß die Militärregierung in der US-Zone auf dem raschesten Weg einem zivilen Kontrollapparat weichen sollten³¹. Clay hatte sofort nach seiner Ernennung damit begonnen, sich einen zivilen Beraterstab von Spezialisten aufzubauen, der ihm für die politische und administrative Bewältigung von Detailproblemen zur Verfügung stehen sollte. Er übernahm u. a. Robert D. Murphy – seit August 1944 politischer Berater Eisenhowers – für den Posten des Direktors der Political Division, machte Lewis W. Douglas zu seinem Finanzberater und Direktor der Finance Division und holte sich William H. Draper, der vor dem Krieg Bankier in New York war, als Wirtschaftsberater und Direktor der Economics Division³²; in diesem Zusammenhang ist auch Walter L. Dorn zu nennen, der einige Monate später als Special Adviser for Military Government und als Berater für Denazifizierungsfragen dazu kam³³. Clay versuchte auch für andere Ressorts und auch für niedrigere Verwaltungsebenen hochqualifizierte Spezialisten zu bekommen, hatte dabei aber zunächst wenig Erfolg³⁴. Vor allem hinderte ihn, daß er sich mit der G-5 Division des militärischen Oberkommandos arrangieren mußte; denn diese hatte während des Einmarsches der amerikanischen Truppen in Deutschland auf der kommunalen und regionalen Ebene sofort zivile Verwaltungsaufgaben übernommen und war immer noch bemüht, die amerikanische Militärregierung im Kommandobereich der Armee zu halten. Clays Politik der Lösung der Militärregierung aus der Armee mußte deshalb sehr behutsam sein.

Im Juni 1945 vereinbarte Clay mit dem damaligen Chef der G-5 Division, General Clarence L. Adcock, eine Integration der beiden Stäbe zunächst nur auf der obersten Ebene und ernannte Adcock zu seinem stellvertretenden Stabschef³⁵. Für die endgültige Lösung des Militärregierungsapparates aus der Armee nützte Clay die allgemeine Änderung der Kommandostruktur der amerikanischen Armee im Sommer 1945. Am 1. Juli 1945 wurde SHAEF aufgelöst und ihr amerikanischer Teil Eisenhower als Commander in Chief, U. S. Forces European Theater (USFET), unterstellt. Am 1. Oktober 1945 wurde USGCC in „Office of Military Government (U. S.)“ (OMGUS) umbenannt und USFET G-5 wurde zum Office of Military Government (U. S. Zone). Deren regionale Unterabteilungen

³⁰ Vgl. Schreiben Murphys an Außenminister Stettinius, 10. 5. 1945, in: FRUS 1945 III, S. 958 ff.

³¹ Vgl. dazu E. F. Ziemke, *The U. S. Army*, S. 401 f.

³² L. D. Clay, *Entscheidung*, S. 20.

³³ Siehe W. L. Dorn, *Inspektionsreisen in der US-Zone, Notizen, Denkschriften und Erinnerungen aus dem Nachlaß*, hrsg. von L. Niethammer, Stuttgart 1973.

³⁴ Schreiben Clays an Hilldring, 7. 5. 1945, in: Clay-Papers, S. 10 ff.

³⁵ Protokoll der Stabskonferenz der amerikanischen Militärregierung, 9. 6. 1945, IFZ, Fg 12; Brief Clays an McCloy, 25. 6. 1945, NA, RG 260, OMGUS 3/410-2,4.

(detachments) wurden zum Office of Military Government (Bavaria) bzw. Office of Military Government (Western District)³⁶. Weitere Direktiven verfügten schließlich die Einstellung aller zivilen Verwaltungsaktivitäten durch die Armee bis zum 31. Dezember 1945.

Gegenüber dem War Department begründete Clay die Trennung mit dem Hinweis, daß die Armee auf dem schnellsten Weg von den Verpflichtungen einer Zivilverwaltung befreit werden müsse³⁷. Er hoffte, diesen Prozeß bis Juli 1946 abschließen zu können. Daß dies dennoch nicht geschehen ist, hat verschiedene Ursachen. Zunächst weigerte sich das State Department, das dann die Verwaltung der amerikanischen Zone hätte übernehmen müssen, dies zu einem so frühen Zeitpunkt zu tun. Die Verschärfung des Ost-Westkonflikts war eine weitere Ursache, daß die überregionale Zivilverwaltung der US-Zone Aufgabe der Militärs blieb.

Es ist selbstverständlich, daß das weitreichende Aufgabenfeld des amerikanischen Militärgouverneurs in Deutschland einen intensiven und kontinuierlichen Informationsaustausch zwischen ihm und seinem Beraterstab notwendig machte. Nicht nur das interne Funktionieren seines Verwaltungsapparates, sondern auch die Zusammenarbeit mit den allmählich auf Länderebene entstehenden deutschen Verwaltungsorganen und insbesondere die Funktion des Militärgouverneurs im Coordinating Committee des alliierten Kontrollrats (CORC), in dem Clay als Interessenvertreter der USA und der US-Zone saß, verlangten von ihm ständig Entscheidungen, die detaillierte Informationen voraussetzten.

In der USGCC hatte sich aus anfangs noch informellen Gesprächen, die Wickersham mit seinen engsten Beratern über Aufbau, Organisation und Personalplanungen für die Gruppe führte, die Institution von regelmäßig stattfindenden Stabskonferenzen entwickelt. Clay übernahm später diese Einrichtung und benutzte sie als probates Mittel, das seinem eigenen Informationsbedürfnis und der Unterrichtung seines Stabes über die aktuellen politischen Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen dienen sollte.

Durch Zufall wurde 1975 in dem riesigen Aktenberg, den die amerikanische Militärregierung produziert hatte, ein erheblicher Teil der Niederschriften dieser Stabskonferenzen entdeckt. Die amerikanischen und deutschen Historiker, die an dem gemeinsamen Unternehmen zur Erschließung der OMGUS-Akten beteiligt sind, waren sich von Anfang an darüber einig, daß es sich bei diesen Protokollen um eine wichtige Quelle handelt, die als Hilfsmittel für den historischen Nachvollzug der amerikanischen Besatzungspolitik verwendet werden kann. Sie haben sich auch darauf konzentriert, die zu Beginn recht lückenhafte Überlieferung

³⁶ USGCC General Order Nr. 59, 29. 9. 1945; IfZ MA 1417; Schreiben Clays an Eisenhower vom 15. 9. 1945 NA, RG 260, OMGUS 3/177-2,8.

³⁷ Schreiben Clays an McCloy, 25. 6. 1945, NA, RG 260 OMGUS, 3/410-2,4.

der Protokolle zu vervollständigen. Für das Institut für Zeitgeschichte wurden alle inzwischen gefundenen Protokolle fotokopiert.³⁸

Die National Archives beabsichtigen in absehbarer Zeit die Veröffentlichung einer Mikrofilmedition der Protokolle der Stabskonferenzen. Als Hilfsmittel zu den Protokollen wurde im Institut für Zeitgeschichte ein umfangreicher Registerapparat angelegt, der ebenso die zu erwartende amerikanische Filmedition wie die im Institut für Zeitgeschichte bereits vorhandene Kopien der Quelle erschließt³⁹. Das Register besteht aus einer chronologisch geordneten Sachkartei für die gesamten Protokolle, in der die Besprechungsinhalte der einzelnen Sitzungen vollständig verzeichnet sind. Dieses Register ermöglicht sowohl den Zugriff auf den chronologischen Ablauf als auch auf die einzelnen schlagwortartig beschriebenen Sachkomplexe. Darüberhinaus wurde ein Personenregister erstellt, in das die Sprecher der einzelnen Konferenzen und damit die wichtigsten Personen der OMGUS-Spitze zwischen 1944 und 1949 aufgenommen worden sind.

Bei dem bis heute zusammengetragenen Material handelt es sich um 282 Einzelstücke mit einem Gesamtumfang von ca. 3 500 Seiten. Die Niederschriften beginnen mit einer Notiz über eine Besprechung zwischen General Wickersham und einer kleinen Gruppe von Offizieren am 28. Juli 1944 und enden mit einem Wortprotokoll der „OMGUS Staff Conference“ am 8. August 1949. In der vorliegenden Protokollserie fehlen heute aber noch immer Einzelstücke, die sich nicht immer genau benennen lassen. Leicht fällt es, auf Lücken hinzuweisen, die einen größeren Zeitraum umfassen⁴⁰. Es gibt in dem vorliegenden Material zwar Hinweise, aus denen zu entnehmen ist, daß an einem bestimmten Datum eine Stabsbesprechung stattfinden sollte, aber es ist nicht sicher – ausgenommen einige Fälle, in denen wenigstens eine Anwesenheitsliste der beteiligten Personen oder Aktennotizen vorhanden sind –, daß an den betreffenden Daten auch tatsächlich Besprechungen stattgefunden haben.

Ein mit Vorbehalten zu verwendendes Mittel für die Aufspürung von Lücken ist die Berücksichtigung der Frequenz, in der die Stabskonferenzen abge-

³⁸ Leider wurde in dem Bestand der Akten der amerikanischen Militärregierung keine geschlossene Serie aller Protokolle der OMGUS-Stabskonferenzen gefunden. So befinden sich die Protokolle vom 28. 7. 1944 in NA, RG 260 OMGUS, AGTS 12,6; die Protokolle vom 25. 11. 1944 bis 8. 8. 1949 sind in NA, RG 260 OMGUS, CAD-Publications Branch, 3/178-1 mit Ausnahme der Protokolle vom 5. 1.–22. 1. 1946, die in NA, RG 260 OMGUS, AG 1945–1946/81,3 zu finden sind. Im IfZ sind die Kopien der Protokolle unter FG 12 gesammelt.

³⁹ Die ursprünglich beabsichtigte Veröffentlichung des Quellenmaterials durch das Institut für Zeitgeschichte, für die das Hilfsmittel gedacht war, ist aufgegeben worden, nachdem das Vorhaben der National Archives, das auch aus konservatorischen Gründen durchgeführt werden muß, bekannt geworden ist. Eine identische Reproduktion derselben umfangreichen Quelle durch zwei verschiedene Institutionen wäre nur schwer zu rechtfertigen.

⁴⁰ So fehlen die Protokolle zwischen dem 25. 9. 1944 und 24. 11. 1944, vom April 1947 und vom 15. 8. 1949 bis zur Auflösung von OMGUS am 21. 9. 1949.

halten worden sind. Es läßt sich vermuten, daß die Stabskonferenzen zunächst täglich stattgefunden haben, etwa ab November 1944 nur mehr zweimal wöchentlich, ab 9. Februar 1945 dreimal wöchentlich und ab 23. April 1945 nur mehr jeden Samstag, jeweils am Vormittag zwischen 9 und 11 Uhr⁴¹.

Mit Ausnahme von drei handschriftlichen Exemplaren sind die Protokolle alle maschinenschriftlich abgefaßt. Dabei besteht die Serie teilweise aus den maschinenschriftlichen Originalen; aber es sind auch Durchschläge von der ersten bis zur dritten Kopie vorhanden. Der Umfang der Einzelprotokolle variiert von wenigen Zeilen, die dann nur die Tagesordnung der betreffenden Sitzung wiedergeben, bis zu 53 Seiten eines Wortprotokolls. In der Regel liegt der Umfang der Einzelprotokolle bei ca. 25 Seiten⁴².

Die einzelnen Protokolle sind bisweilen mit Überschriften versehen, deren korrekte Übersetzung ins Deutsche allerdings einige Schwierigkeiten bereitet. Die formale Bestimmbarkeit ist vor allem bei den Protokollen schwierig, die aus der Zeit vor der Ernennung Clays als Militärgouverneur stammen. Da gibt es Bezeichnungen wie „notes“, „memorandum“, „records“ und „minutes of meeting“, wenn nicht einfach „Staff Conference (of Division Directors)“ als Überschrift verwendet wurde. Der umfassendste und am häufigsten verwendete Begriff ist der der „minutes“. Gerade hier sind die Nachschlagewerke in ihrer Definition nicht eindeutig. Da heißt es „minutes“ seien eine kurze Notiz (note) oder eine schriftliche Zusammenfassung von etwas, das erinnert werden soll, oder man versteht darunter einen offiziellen Bericht (records) über die Verhandlung eines beschlußfassenden Organs. D. h. der Begriff deckt die deutsche Termini der Aktennotiz, des Memorandums und des Protokolls. Es ist zu empfehlen, sich in der Übersetzung auf den Terminus des Protokolls festzulegen, wenn man dabei auch berücksichtigt, daß damit alle diesem Begriff anhaftenden Implikationen vom Protokolleintrag bis zum Wortprotokoll abgedeckt werden.

Die genannten Schwierigkeiten der formalen Bestimmbarkeit der Protokolle der Stabskonferenzen werfen auch die Frage nach ihrem Zweck auf. Handschriftliche Eintragungen und Korrekturen und ihre inhaltlichen Aussagen weisen darauf hin, daß es sich speziell bei den frühen Protokollen um persönliche

⁴¹ Die Stabskonferenzen fanden zunächst im Norfolk-House in London statt, wo auch die britische Kontrollgruppe ihren Sitz hatte. Nachdem erkennbar geworden war, daß die Planungen der Alliierten im Bezug auf die Einrichtung von Kontrollstäben nicht mehr kooperativ weitergeführt werden sollten, wurde USGCC in der ersten Dezieberhälfte in das Hauptquartier Eisenhowers nach Bushy Park, einem Londoner Außenbezirk, verlegt, um die Zusammenarbeit zwischen den USGCC und der SHAEF-Gruppe zu erleichtern. Ende März 1945 folgte USGCC den SHAEF nach Versailles und beließ in London lediglich einige Kontakteute zu EAC und der britischen Kontrollgruppe. Die erste Stabskonferenz der USGCC auf deutschem Boden fand am 9. 6. 1945 im IG-Farben-Haus in Frankfurt/Hoechst statt. Ab 4. 8. 1945 trafen sich die Direktoren der USGCC schließlich im US-Hauptquartier in Berlin-Dahlem.

⁴² Erst ab 1946 liegen längere, und an den Wortlaut der Besprechungen angelehnte Protokolle vor, die die Sachdiskussionen relativ breit wiedergeben.

Aufzeichnungen und Notizen von Lt. Col. Charles E. Sands handelt, der erster „Acting Administrative Officer“ der USGCC war. Diese Vermutung wird begründet durch den immer wiederkehrenden handschriftlichen Vermerk „C(harles) E. S(ands) File“ oder „Secretary File“, durch handschriftliche Anführungsvermerke in den Protokollen und durch die Unterzeichnung Sands als Berichterstatter.

Ab 25. November 1944 wurden die Protokolle nicht mehr von Sands, sondern vom „Historian, USGCC“ geführt. Daraus kann die Vermutung abgeleitet werden, daß sie ab dieser Zeit (25. 11. 1944) nicht mehr einen privat-dienstlichen Charakter haben, sondern als ein offizielles Papier mindestens dokumentarische Zwecke erfüllen sollten⁴³. Im Rahmen einer auch organisatorischen Umstrukturierung der USGCC wurde im März 1945 auch ein Generalsekretariat (Office of Secretary General, OSG) geschaffen⁴⁴. Eine seiner Unterabteilungen war die „Control and Record Section“, die von nun an für die Erstellung der Protokolle der Stabskonferenzen verantwortlich war.

Bevor auf den Aufbau der Protokolle selbst eingegangen wird, noch einige Bemerkungen zu den in unregelmäßiger Form beigelegten Anlagen. Den frühesten Protokollen bis zum 20. Oktober 1945 sind fast immer Anwesenheitslisten vorangestellt, in denen die Konferenzteilnehmer ihrem militärischen Rang nach oder entsprechend den Abteilungen der Militärregierung aufgeführt sind. Diese Listen ermöglichen dem heutigen Benützer der Protokolle, die Verbindung zwischen den Sachreferaten und den wichtigsten Personen der Militäradministration von USGCC bzw. OMGUS herzustellen. Sie ermöglichen es auch, zumindest auf der obersten Ebene, personelle Veränderungen zu verfolgen. Ab November 1945 sind keine Anwesenheitslisten mehr geführt worden. Dafür kann man aber aus den durch Sachgebiet und Namen abgegrenzten Einzelbeiträgen der Protokolle die jeweilige personelle Besetzung der Militärregierung rekonstruieren.

Fast allen Protokollen der Jahre 1946 und 1947 sind „Agenda“ beigegeben. Es handelt sich dabei nicht um Tagesordnungen im üblichen Sinn, sondern um die schriftlichen Fixierungen von Problem- und Aufgabenstellungen, die sich während der Stabskonferenzen ergeben hatten und anschließend durch Studien oder durch Einzelberatungen zwischen den betroffenen Divisions gelöst wer-

⁴³ Etwa ab diesem Zeitpunkt ist auf den Protokollen fast regelmäßig ein chiffrierter Verteiler angegeben. Hier ist allerdings auch anzumerken, daß für die Stabskonferenz vom 27. 9. 1945 lediglich folgende Notiz vorhanden ist: „1. At the conclusion of the weekly meeting of the Deputy Military Governor with the Staff of the Office of Military Government for Germany (U. S.), General Clay stated that he did not desire to have this or future meetings of the Staff recorded, and that no minutes would be taken by the Secretary. 2. Accordingly, all normal recipients of these minutes are advised that no minutes will be distributed for the meeting of 27 October 1945, nor will they be distributed in the future.“ Dennoch sind für die unmittelbar folgenden Wochenkonferenzen Notizen erhalten und ab 5. 1. 1946 wieder ausführliche Protokolle.

⁴⁴ USGCC General Order Nr. 2, 7. 3. 1945, IFZ, MA 1417.

den sollten. Diese Gegenstände wurden auf den Agenda solange fortgeschrieben, bis sie in befriedigender Form gelöst waren. Die Agenda sind demnach eine Art Kontrolllisten für den Militärgouverneur und seinen Stab zur Überprüfung der in den einzelnen Abteilungen gerade diskutierten Sachprobleme.

In den Anlagen sind auch vereinzelt Beschlußprotokolle des Alliierten Kontrollrats und des Coordinating Committee zu finden. Leider sind diese nicht durchgehend vorhanden, sondern nur vom März bis September 1946, danach nur noch vereinzelt. Diese Protokolle liegen aber im OMGUS-Bestand der „Allied Control Authority“ als geschlossene Serie vor.

Ab November 1948 sind den Protokollen auch regelmäßig Sitzordnungen der Stabskonferenzen beigegeben, die zusammen mit den Protokollen ein allgemeines Bild vom Ablauf der Besprechungen vermitteln. Mit gewissen Vorbehalten kann dieses Bild auch auf alle früheren Besprechungen übertragen werden, denn die Protokolle haben einen stereotypen Aufbau, der sich vom ersten bis zum letzten nur unwesentlich ändert.

Die Stabskonferenzen waren ihrem Charakter nach „Kabinettsitzungen“ der Militärregierung. Sie unterschieden sich aber z. B. von den aus der Aktenedition der Reichskanzlei der Weimarer Republik bekannten Kabinettsitzungen dadurch, daß hier nicht bestimmte inhaltliche Schwerpunkte der aktuellen Politik diskutiert und politische Entscheidungen getroffen wurden, sondern daß im Verlauf der regelmäßig stattfindenden Sitzungen der Militärregierung die gesamte Palette der Tätigkeitsberichte der einzelnen Divisions über eine Woche vorgetragen wurde. Das hat zur Folge, daß bestimmte Inhalte wie z. B. die statistischen Angaben über die laufende Kohleproduktion oder des Handelsvolumens für die amerikanische Besatzungszone oder die minutiösen Fortschritte beim Aufbau des Fernmelde- oder Transportwesens in stereotyper Form immer wiederkehren.

Die Sitzungen wurden in der Regel mit den sog. „general remarks“ des Militärgouverneurs bzw. seines Stellvertreters eröffnet. In diesen Bemerkungen kamen wichtige organisatorische Veränderungen oder neue politische Richtlinien und ihre Auswirkungen auf die Arbeit der Militärregierung ebenso zur Sprache wie Ermahnungen zur militärischen Disziplin und zur Höflichkeit der Offiziere im Umgang mit Außenstehenden oder dem zivilen Personal. An die allgemeinen Bemerkungen schlossen sich dann in nahezu gleichbleibender Reihenfolge die Tätigkeitsberichte der Abteilungsdirektoren und Büroleiter an.

Aus den Sitzordnungen geht hervor, daß diese Berichte offensichtlich vom Vorsitzenden der Reihe nach um den Konferenztisch herum abgerufen wurden. So ist es zu erklären, daß manche Abteilungsleiter, die keinen wesentlichen Beitrag beisteuern konnten, im Protokoll nur mit der Bemerkung „no report“ oder ähnlichem aufgeführt sind.

Hier ist einzufügen, daß die Aufgabenverteilung an die einzelnen Divisions, wie sie die USGCC im November 1944 festgelegt hatte, sich sehr bald als unbefriedigend erwies. Vor allem die Economics Division und Internal Affairs and

Communications Division waren durch ihr weites Aufgabenfeld bald stark überlastet. Die Unterabteilungen („branches“) gerade dieser beiden Divisions wurden deshalb im Laufe der Zeit entweder stufenweise zu selbständigen Divisions erhoben oder, wenn sie aus organisatorischen Überlegungen oder aus Gründen der effizienteren Kooperation in ihren ursprünglichen Divisions blieben, bekamen zumindest den Rang einer selbständigen Division zuerkannt. Für die Stabskonferenzen hatte dies die Konsequenz, daß gerade von den großen Divisions nicht nur deren Direktoren ihre wöchentlichen Berichte abgaben, sondern auch die Chefs ihrer jeweiligen wichtigsten branches. Für die Economics Division etwa gaben nicht nur deren Direktor, sondern auch die Chefs der Industry Branch, der Trade and Commerce Branch, der Decartelization Branch, der Food and Agriculture Branch und der Restitution Branch ihre statements ab. Neben dem Direktor der Internal Affairs and Communications Division berichteten auch die Leiter der Communications Branch, der Public Safety Branch, der Public Health and Welfare Branch und der Leiter der Education and Religious Affairs Branch.

In den Stabskonferenzen waren aber nicht nur die Chefs dieser „functional branches“ und die Direktoren der Divisions vertreten, sondern auch die Leiter der „Staff Offices“. Dabei handelte es sich um Büros, die ausschließlich für die interne Verwaltung der Militäradministration zuständig waren. Zu ihnen zählten das Personnel Office, das Control Office, das als eine Art bürokratisches Stellwerk die Organisation der einzelnen Funktionsbereiche und die Koordination ihrer politischen und administrativen Tätigkeit überwachte, das Office of Chief of Staff, das als Bindeglied zwischen den Divisions und dem Office of Military Governor fungierte, das Office of Secretary General, das Exekutivorgan des Chief of Staff und Verbindungsstelle zu den anderen Besatzungsmächten und zur Regierung in Washington war, und schließlich das Office of the Adjutant General, eine Art Assistenzbüro für den Militärgouverneur.

Neben den genannten Büros ist noch eine Kategorie von Verwaltungseinheiten zu nennen, deren Leiter ebenfalls in den Stabskonferenzen vertreten waren. Es handelt sich um die „Attached Agencies“, die dem Bereich der Funktional Offices zuzuzählen sind. Zu ihnen gehörte der Director of Intelligence, zuständig für den Nachrichtendienst im zivilen Bereich, der Director of Information Control, verantwortlich für die Kontrolle der öffentlichen Medien in Deutschland, und der Director of Public Relations, der Pressesprecher der Militärregierung war und sich insbesondere um die Betreuung der ausländischen Medien zu kümmern hatte.

Alles in allem waren somit in einer Stabskonferenz je nach Organisationsstand der Militärregierung bis zu 35 Offiziere und Zivilisten vertreten, die in der relativ kurzen Zeit von einer bis eineinhalb Stunden ihre wöchentlichen Tätigkeitsberichte abzugeben hatten. Diese Tatsache muß mitberücksichtigt werden, wenn man den Wert und die Bedeutung der Protokolle der Stabskonferenzen als historische Quelle beurteilen will. Die Einzelberichte sind sehr knapp und spiegeln das administrativ-exekutive procedere des Besatzungsalltags auf seiner

höchsten Ebene. Detailinformationen und Entscheidungsprozesse werden nur selten deutlich und gehen allzu oft im militärischen Insiderjargon unter. Dies macht die Protokolle bisweilen zu einer schwierigen Lektüre.

In den Protokollen sind des öfteren statements von General Wickersham, aber auch von Clay festgehalten, die auf den Zweck der wöchentlichen Stabskonferenzen hinweisen. So hat Clay z. B. am 23. März 1946 seine Abteilungsleiter gebeten, in den Stabskonferenzen insbesondere den Diskussionsstand in den jeweiligen Ausschüssen des Koordinierungskomitees des Kontrollrats zu referieren, gleichgültig, ob dort der amerikanische Standpunkt zu den einzelnen Sachfragen bereits vorgetragen war und auch ohne Rücksicht darauf, wie lange diese Fragen schon erörtert werden: „The reason we have these meetings is so matters can be put on the table and we can reach general agreements. We want to be sure we are all thinking alike on what we are doing. That is the prime purpose of the Saturday meetings.“⁴⁵ Vier Monate später erinnerte Clay seinen Stab noch einmal daran, „that one purpose of the Saturday meetings is to present all matters for quadripartite discussion prior to final preparation of papers to come to CORC“⁴⁶.

Die Zitate legen die Vermutung nahe, daß der Hauptzweck der Stabskonferenzen in der Vorbereitung Clays und seines Stabs für die Verhandlungen und Diskussionen in den verschiedenen Gremien des Kontrollrats lag. Die Tatsache, daß die Konferenzen auch unmittelbar vor den wöchentlichen Sitzungen des Koordinierungskomitees des Alliierten Kontrollrats abgehalten wurden, läßt den Schluß zu, daß es sich hier um eine Art „briefing session“ handelte, bevor Clay dort den Standpunkt der amerikanischen Besatzungsmacht vertreten mußte. Die briefing sessions waren eine in der amerikanischen Militäradministration öfters angewandte Einrichtung von Vorkonferenzen, in denen ein hoher Offizier oder ein leitender Verwaltungsbeamter mit einem ausgewählten Personenkreis die Tagesordnung bevorstehender wichtiger Konferenzen und Gespräche und eventuell kontroverse Standpunkte ihrer Teilnehmer erörterte.

Am 20. März 1948 hörte der Alliierte Kontrollrat durch den Auszug der sowjetischen Delegation faktisch zu bestehen auf. Wenn die Bereitstellung von Informationsmaterial für Clays politisches Agieren in diesem Gremium der einzige Grund für die Abhaltung der Stabskonferenzen gewesen wäre, so könnte mit Recht eingewendet werden, daß die nicht zuletzt durch Clay selbst so stark auf Effizienz getrimmte Militärregierung die Einrichtung der Stabskonferenzen damals aufgelöst hätte. Der Ausrichtung der Konferenzen allein auf die Vorbereitung Clays für seine Verhandlungen im Kontrollrat würde darüberhinaus widersprechen, daß an ihr auch die Leiter der Staff-Branches teilgenommen hatten, die ja in erster Linie nicht mit der Politik der Militärregierung nach außen zu tun hatten. Aber gerade die Beiträge der Staff-Branches zeigen, daß es Clay auch

⁴⁵ Protokoll der OMGUS-Stabskonferenz vom 23. 3. 1946, IfZ Fg 12.

⁴⁶ Protokoll der OMGUS-Stabskonferenz vom 27. 7. 1946, IfZ, Fg 12.

daran lag, zu wissen, was für Probleme innerhalb seiner Administration anstanden. Außerdem war für ihn sehr wichtig zu wissen, wie seine Abteilungen mit den korrespondierenden Verwaltungseinheiten der Deutschen zurecht kamen. Die Notwendigkeit der Koordination der Tätigkeit der Militärregierung, die ja Information voraussetzte, war für Clay und seinen Stab ein ständiger Auftrag und um beides zu erreichen, waren die Stabskonferenzen ein geeignetes Mittel.

Häufig sind die Einzelberichte der Abteilungsleiter tatsächlich so aufgebaut, daß sie in einen Bericht über die Verhandlungen und Tätigkeiten in den Ausschüssen des Kontrollrats, einen Bericht über die Arbeit und Fortschritte in der Zusammenarbeit mit den deutschen Zonenbehörden und einen Bericht über den aktuellen Stand der Tätigkeiten in den jeweiligen Abteilungen zerfallen.

Aus den zitierten Äußerungen Clays über den Zweck der Stabskonferenzen darf jedoch nicht gefolgert werden, daß an ihrem Tisch Sachprobleme so lange diskutiert wurden, bis ein „general agreement“ auf höchster Ebene erreicht worden wäre. Die Besprechungen waren und blieben überwiegend Informationsmedium. Wenn es in manchen Detailfragen zu unterschiedlichen Auffassungen gekommen war, so wurden sie entweder durch Clay sofort entschieden oder an eine federführende Abteilung verwiesen, die dann in der Zusammenarbeit mit anderen Gremien, sei es innerhalb von OMGUS oder mit externen Verwaltungs- und Regierungsinstanzen, eine Lösung finden mußte, die dann später wieder der Stabskonferenz vorgelegt wurde.

Unter solchen Gesichtspunkten lassen sich aus den Protokollen auch Informationen über den militärisch geprägten Führungsstil Clays gewinnen. Ein Beispiel dafür ist die Behandlung des Sozialversicherungsgesetzes, um die es am 2. November 1946 zu einer der längsten Diskussionen der Stabskonferenzen überhaupt gekommen war. Die Debatte stand im Zusammenhang mit dem von Clay damals gewünschten personellen Abbau der Militärregierung und der gleichzeitigen Überantwortung politischer Teilbereiche an die Verwaltungen der Länder. Der Vertreter der Manpower Division, in dessen Ressort die Sozialversicherungsgesetzgebung fiel, wehrte sich gegen das Begehren Clays gerade im Bereich der Sozialversicherung. Clay konterte, daß er sich von der Durchsetzung seines Ziels, nämlich der Übergabe der politischen Verantwortung an die Deutschen, auch durch keine Sachargumente abbringen lasse. Und dies, obwohl ein Kontrollratsentwurf für ein gesamtdeutsches Sozialversicherungsgesetz vorlag und das Problem damit nicht in den Zuständigkeitsbereich der Länder, sondern der alliierten, also auch der amerikanischen, Militärverwaltung gehörte.

Die wöchentlichen Besprechungen hatten aber auch einen anderen Zweck, der für die Führung des gewaltigen OMGUS-Apparats nicht zu unterschätzen ist. Es ist leicht vorstellbar, daß es trotz der herrschenden militärischen Disziplin oder vielleicht gerade deswegen nicht nur zu sachlichen, sondern auch zu persönlichen Unzufriedenheiten einzelner gekommen ist. In diesem Zusammenhang ist auf drei Protokolle von sog. „gripe sessions“ (gripe bedeutet hier meckern) hinzuweisen, und sie sind die längsten, in denen die Konferenzteilnehmer ihre Kritik

und den vorhandenen Unmut in ihren Abteilungen über bestimmte Mißstände dem Militärgouverneur vortragen sollten. Die Klagen in diesen Sitzungen reichten von Beschwerden über mangelnden Komfort in den Unterkünften der Offiziere und Mannschaften über unzureichende Arbeitsbedingungen an den Arbeitsplätzen und in den Büros, Beschwerden über Organisationsmängel im Verwaltungsapparat bis hin zur Kritik an den Richtlinien der amerikanischen Deutschlandpolitik. Soweit es in seiner Macht stand, versuchte Clay durch entsprechende direkte Anweisungen an die zuständigen Offiziere, die Mißstände zu beseitigen. Clay ermahnte aber auch seine Mitarbeiter, das in OMGUS offensichtlich kollegiale Betriebsklima durch enge Kontakte und engen Informationsaustausch auch auf die unteren Verwaltungsebenen der amerikanischen Militärregierung zu übertragen. Hier zeigt sich, daß die Stabskonferenzen auch integrative Funktionen für die Militärregierung haben sollten.

Zusammenfassend läßt sich über die Protokolle der Stabskonferenzen der amerikanischen Militärregierung folgendes festhalten. Der unterschiedliche formale Aufbau der Überlieferungsserie der Protokolle und ihr Fundort im OMGUS-Material lassen vermuten, daß es sich hier nicht um einen geschlossenen Bestand einer OMGUS-Registratur der amerikanischen Militäradministration handelt, sondern um die Sammlung heterogener Provenienzen, denen in der aktiven Phase der Militärregierung die Protokolle übermittelt worden waren.

Entsprechend der historischen Entwicklung der USGCC von einem Planungsstab ohne feste Integration in die Kommandostruktur der in Europa operierenden amerikanischen Verbände zum Exekutivorgan der amerikanischen Besatzungspolitik in Deutschland änderte sich auch der Charakter ihrer regelmäßig stattfindenden Stabsbesprechungen. In ihrer frühesten Phase sind die Protokolle von der organisatorischen, funktionellen und personellen Vorbereitung der USGCC auf ihre künftige Verwaltungstätigkeit in Deutschland geprägt. Dabei waren die Offiziere der USGCC durch den Mangel an brauchbaren politischen Richtlinien für die amerikanische Deutschlandpolitik gezwungen, sich selbst Grundlagen zu schaffen, an denen sie sich in ihrer Planungsarbeit orientieren konnten. Diese mußten ständig nach den militärischen Veränderungen und nach den Ergebnissen der interalliierten diplomatischen Verhandlungen korrigiert werden. Für die Stabskonferenzen und deren Protokolle hatte dies die Konsequenz, daß ihre Tagesordnungen von einer schwer durchschaubaren Flut von Anweisungen und Berichten über die Entwicklung von Einzelplänen zur Übernahme der Kontrolle der Regierung im besetzten Deutschland überquollen. Das Verständnis gerade der frühen Aufzeichnungen über die Stabskonferenzen wird zusätzlich dadurch erschwert, daß in ihnen oft in chiffrierter Form – es handelt sich dabei oft nur um stenogrammartige Notizen – und im militärischen Sprachjargon die Verhandlungsgegenstände wiedergegeben werden. Ab Dezember 1944 sind die Aufzeichnungen in der Form von Protokollen geführt; zunächst als Kurz- bzw. Beschlußprotokolle und ab Mai 1946 als Wortprotokolle. Gerade die ausführlichen Protokolle sind als Grundlage benutzbar, um die amerikanische Be-

satzungspolitik in ihrer Durchführung und ihrer Konfrontation mit den unmittelbaren Sachzwängen zu verfolgen. Sie stellen einen durchgängigen roten Faden dar, an dem sich der Forscher orientieren kann, wenn er ein Sachproblem und dessen Behandlung über eine längere Zeitspanne verfolgen will. Er kann erkennen, mit welchen Erfolgen und gegen welche Schwierigkeiten die Politik der amerikanischen Militärregierung im Detail in die Realität umgesetzt wurde. Besonders hilfreich ist dabei, daß sich die Stabskonferenzen nicht in einer weitverzweigten Diskussion sondern in einem strengen militärischen Zeremoniell abgespielt haben und daß die Protokolle dementsprechend gegliedert sind. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß die Protokolle keinen unmittelbaren Kontakt zum politischen Umsetzungsprozeß herstellten, denn dieser vollzog sich nicht im Konferenzraum der wöchentlichen Stabsbesprechungen. Er wird in den Protokollen aber durch die Berichte der Ressortchefs mittelbar deutlich.

Der Titel „Stabskonferenzen“ darf nicht zu der Annahme verführen, daß es sich hier um ein hochgradiges politisches Ereignis gehandelt hat, bei dem die entscheidenden Weichenstellungen für die amerikanische Besatzungspolitik vollzogen wurden. Hier handelte es sich lediglich um ein Informationsforum, das in erster Linie der Unterrichtung des Militärgouverneurs und seines Stabs dienen sollte. Die politischen Entscheidungen wurden, wenn nicht in Washington, so doch in den Divisions in direkter Zusammenarbeit mit dem Militärgouverneur vorbereitet und getroffen. Die Protokolle der Stabskonferenzen sind ein Mittel, das Aufschluß gibt über den Entscheidungsprozeß innerhalb der Militärregierung. Sie weisen den Weg zu den Stellen, wo diese Entscheidungen gefallen sind. Damit sind sie eines der wertvollsten Hilfsmittel für die Benutzung der Akten der amerikanischen Militärregierung in Deutschland.

Dokumentation

BERND STEGER

DIE STABSKONFERENZ DES AMERIKANISCHEN MILITÄRGOUVERNEURS GENERAL LUCIUS D. CLAY VOM 26. JUNI 1948

Das im folgenden vorgestellte Dokument dient vor allem der Illustration der Ausführungen über die Stabskonferenzen der amerikanischen Militärregierung in diesem Heft. Um dem Interessierten vor Augen zu führen, was die Aufzeichnungen über diese Besprechungen als Geschichtsquelle leisten können, wurde als Beispiel das Protokoll der Sitzung vom 26. Juni 1948 ausgewählt. Dabei war nicht die Vorstellung entscheidend, einen ungewöhnlich interessanten Teil der sog. „Clay-Minutes“ finden zu müssen, der historische Weichenstellungen in der deutschen Nachkriegsgeschichte dokumentiert oder den Meinungsbildungsprozeß im Stab des amerikanischen Militärgouverneurs zur Vorbereitung von bestimmten politischen Entscheidungen besonders sichtbar macht. Vielmehr kam es darauf an, ein typisches Protokoll zu präsentieren und – das vor allem – zu zeigen, wie sich historisch entscheidende Vorgänge in dieser Quelle niederschlagen. Ist doch das ausgewählte Protokoll zu einem Zeitpunkt entstanden, der als wichtige Nahtstelle der deutschen Nachkriegsgeschichte gelten muß.

Am 1. Juni 1948 hatten nach dreieinhalb Monaten Beratungszeit die Delegationen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs und der Benelux-Staaten in London ihre „informellen Gespräche über Deutschland“, so der offizielle Titel der als Londoner Sechsmächte-Konferenz bekannten Verhandlungen, beschlossen. Damit war ein Kapitel der Nachkriegsgeschichte zu Ende gegangen, das mit dem endgültigen Zerfall der alliierten Kriegskoalition während der Londoner Außenministerkonferenz im November/Dezember 1947 begonnen hatte. Damals war von den Alliierten zum fünften und letztenmal versucht worden, einen friedlichen Ausgleich zwischen den beiden Machtzentren Washington und Moskau zu finden. Die Verhandlungspartner hatten sich aber ohne Ergebnis und in kaum verhüllter Feindschaft getrennt, und eine vorerst nicht aufhebbare machtpolitische Polarisierung war zurückgeblieben.¹ Aufgrund seines wirtschaftlichen Potentials und seiner strategisch wichtigen Stellung nahm das besetzte Deutschland im politischen Kalkül der West- und Ostmächte auch in der Zukunft eine Schlüsselrolle ein.

¹ Zur fünften Sitzung des Rats der Außenminister in London vom 25. 11. 1947 bis 15. 12. 1947 siehe Foreign Relations of the United States (FRUS) 1947, vol. II, Washington 1972, S. 676 ff.

Der amerikanische Militärgouverneur General Clay hatte die verantwortlichen Stellen in der US-Zone und seine Regierung in Washington schon vor Beginn der Londoner Außenministerkonferenz auf die Konsequenzen hingewiesen, die für Deutschland im Fall des Scheiterns der Konferenz entstehen würden. Vor dem Länderrat der US-Zone hatte er am 4. November 1947 erklärt, daß seine Regierung und auch die Briten in diesem Fall gezwungen wären, über einem möglichst großen Teil Deutschlands einen Teilstaat mit einer nationalen Regierung zu errichten.²

Es konnte deshalb nicht überraschen, daß seit der Jahreswende 1947/48 die in den Westzonen praktizierte regionalisierte Besatzungspolitik in eine forcierte Integrationspolitik umschlug, d. h. in die unverhüllten Bemühungen der Westmächte und allen voran der Vereinigten Staaten, ihre Besatzungsgebiete möglichst rasch wirtschaftlich zu konsolidieren und politisch als vollwertiges Mitglied in das westliche Staatensystem einzuordnen. Noch in London hatten unmittelbar nach der Außenministerkonferenz die Vertreter der Vereinigten Staaten und Großbritanniens die Bildung einer provisorischen deutschen Regierung für die Bizone erörtert.³ Das Ergebnis bestand nach weiteren Beratungen der Militärgouverneure Clay und Robertson mit den Ministerpräsidenten und Verwaltungsspitzen der Bizone am 7. und 8. Januar 1948⁴ in einer Reorganisation des Vereinigten Wirtschaftsgebietes. Der Frankfurter Wirtschaftsrat erhielt die Funktion eines Parlaments, der Länderrat der Bizone wurde „zweite Kammer“ und als neues Exekutivorgan kam der Verwaltungsrat hinzu. Damit war bereits die verfassungsrechtliche Konstruktion der Bundesrepublik vorgeformt worden.

Während die Umbildung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, die am 9. Februar 1948 in Kraft trat⁵, offiziell noch als rein wirtschaftliche Organisationsform dargestellt wurde, war der nächste Schritt eindeutig politisch motiviert und zielte unter Einbeziehung des französischen Besatzungsgebietes auf die Konstituierung eines politisch und wirtschaftlich geeinigten Weststaates und seine Einbindung in das westeuropäische Staatensystem.⁶ Die Grundlagen dafür sollte die Londoner Sechsmächtekonferenz erarbeiten. Die schwierige Ausgangslage dieser Konferenz bestand darin, daß Frankreich aus sicherheits- und wirtschaftspolitischen Über-

² Protokoll der internen Besprechung der Ministerpräsidenten der US-Zone mit General Clay am 4. 11. 1947, Bundesarchiv Koblenz (BA), Nachlaß Roßmann 25, Bl. 88 f. Vgl. auch Schreiben Clays an Draper vom 5. 11. 1947, in: *The Papers of General Lucius D. Clay, Germany 1945–1949*, ed. by J. E. Smith, Bloomington 1974 (Clay-Papers), vol. 1, S. 475 ff.

³ Siehe dazu FRUS 1947, vol. II, S. 811 ff.

⁴ Protokoll der Konferenz der Militärgouverneure Clay und Robertson mit bizonalen Behörden in Frankfurt am 7. und 8. Januar 1948, BA Z4/131, Bl. 1–31 und 61–107.

⁵ Siehe Proklamation Nr. 7 der amerikanischen Militärregierung, abgedruckt in: *Wörtliche Berichte und Drucksachen des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes 1947–1949*, bearb. von Ch. Weisz und H. Woller, München 1977 (Berichte des Wirtschaftsrats), Bd. 1, S. 16 ff.

⁶ Siehe Schreiben Marshalls an Botschafter Douglas in London vom 20. 2. 1948 in: FRUS 1948 II, S. 71 ff.

legungen das anglo-amerikanische Konzept für den Aufbau eines gut funktionierenden deutschen Staatsapparats zur Wahrnehmung der ihm zugedachten Aufgaben ablehnte. Seine Zustimmung wurde nur dadurch erreicht, daß von den Vereinigten Staaten das Ergebnis der Londoner Sechsmächtekonferenz als unteilbares Programm deklariert wurde. So war ausgeschlossen, daß Frankreich ihm günstige Teilergebnisse annehmen und andere ablehnen konnte. Außerdem wurde der entstehende deutsche Teilstaat durch das Europäische Wiederaufbauprogramm, die Ruhrkontrolle und die künftige Beteiligung der Benelux-Staaten an der Deutschlandpolitik in einen Sicherheitsrahmen gestellt; ein Besatzungsstatut und die internationale Ruhrbehörde garantierten politisch und wirtschaftlich die Einflechtung Westdeutschlands in das von den Vereinigten Staaten geführte westeuropäische Bündnissystem und verhinderten die Restauration eines deutschen Nationalstaates.

Das Ergebnis der Beratungen in London wurde den beteiligten Regierungen in Form eines Berichtes übermittelt⁷ und am 7. Juni 1948 als „Londoner Empfehlungen“ veröffentlicht.⁸ Sie enthielten die von Frankreich geforderten Garantien und legten fest, daß die drei Westzonen als politisch handlungsfähige Einheit schrittweise die Souveränitätsrechte zurückerhalten sollten, die durch die bedingungslose Kapitulation des deutschen Reiches im Mai 1945 an die Sieger des Zweiten Weltkrieges übergegangen waren. Der dafür geforderte Preis war der vorläufige Verzicht auf die Wiederherstellung der deutschen Einheit.

Auf dem wirtschaftlichen Sektor war diese Entwicklung schon länger vorgezeichnet. Obwohl im Potsdamer Protokoll die wirtschaftliche Einheit Deutschlands als Grundlage für die gemeinsame Besatzungspolitik der Alliierten vereinbart worden war,⁹ hatten sich die einzelnen Zonen seit Herbst 1945 gerade im ökonomischen Bereich auseinanderentwickelt. Nach den Unsicherheiten der amerikanischen Deutschlandplanungen während des Krieges hatten wirtschaftliche Zwänge die Militärregierung in der US-Zone und die Politiker in Washington und London zu einer Revision der wirtschaftspolitischen Ziele, wie sie z. B. im Morgenthauplan vorgezeichnet waren, bewogen. Die markantesten Punkte auf diesem Weg sind der von General Clay am 3. Mai 1946 verfügte Demontagestop in der US-Zone und vor allem die Durchführung des Marshallplans, in dessen Hilfsprogramm im Herbst 1947 auch die Westzonen Deutschlands aufgenommen worden waren.¹⁰ Dadurch war eine Vorentscheidung für die Inte-

⁷ Report of the London Conference on Germany vom 1. 6. 1948, in: FRUS 1948 II, S. 309 ff.

⁸ Die Londoner Empfehlungen sind als Schlußkommuniqué der Londoner Sechsmächtekonferenz abgedruckt in: Der Parlamentarische Rat 1948-1949, Akten und Protokolle, Bd. 1, bearb. von J. V. Wagner, Boppard/Rh. 1975 (Der Parlamentarische Rat), S. 1 ff.

⁹ Siehe die Amtliche Verlautbarung über die Konferenz von Potsdam vom 17. Juli 1945 bis 2. August 1945, in: E. Deuerlein, Die Einheit Deutschlands, ihre Erörterung und Behandlung auf den Kriegs- und Nachkriegskonferenzen 1941-1949, Frankfurt 1957, S. 246 ff.

¹⁰ Zur Vorbereitung und Durchführung des Marshallplans in Deutschland siehe J. Gimbel, The Origins of the Marshall Plan, Stanford 1976.

gration des Weststaates und die künftige Wirtschaftsordnung gefallen. Die Währungsreform, die am 20. Juni 1948 für die Westzonen verkündet wurde, war unvermeidbare Konsequenz daraus und bedeutete, daß die Zonengrenze zwischen den Westzonen und der sowjetisch besetzten Zone nicht mehr Demarkationslinie war, sondern Staatsgrenze wurde.

Als Antwort auf die „Londoner Empfehlungen“ und die Verkündung der Währungsreform führten die Sowjets in ihrem Besatzungsgebiet eine eigene Währungsreform durch und blockierten die Verkehrsverbindungen zwischen den Westzonen und Berlin. Dadurch war ein Krisenherd entstanden, der das Bündnissystem mit dem neuen Staat herausforderte, bevor sich dieser überhaupt konstituieren konnte. Letztlich trugen aber auch die Härten der Berlinblockade und der entschlossene Aufbau der Luftbrücke durch die amerikanische Militärregierung zu einer rascheren Entscheidung zugunsten eines selbständigen Staates im Rahmen des westeuropäischen Bündnissystems bei.

Das vielleicht erstaunlichste am folgenden Dokument ist, daß die Sitzung der amerikanischen Militärregierung auch in der kritischen Situation vom Juni 1948 nicht aus ihrem routinemäßigen Ablauf herausfällt. Die Konferenz wurde von Clay geleitet und begann wie jeden Samstag um 11 Uhr. Sie dauerte bis 11 Uhr 55. Über die Auswirkungen der Währungsreform wird nur wenig berichtet. Die Berlinblockade wird als eine nahezu gewöhnliche Behinderung des Interzonenverkehrs behandelt. Die ersten deutschen Reaktionen auf die „Londoner Empfehlungen“ werden emotionslos aufgenommen und referiert.

Als Vorlage für das abgedruckte Protokoll diente eine Fotokopie des Originals in den OMGUS-Beständen der National Archives, Washington.¹¹ Das Protokoll besteht aus einem 14seitigen Typoskript, das auf jeder einzelnen Seite den Sicherheitsvermerk „confidential“ trägt. Es hat ein Deckblatt mit dem Titel: „Staff Conference, 11.00 Hours, 26 June 1948, General Clay Presiding. Reporter Fern Primeau“. Schreibfehler wurden, soweit nicht sinnentstellend, vom Bearbeiter stillschweigend korrigiert, ansonsten im Anmerkungsapparat erläutert. An einigen Stellen wurden in eckigen Klammern Ergänzungen inseriert, um das Verständnis des Textes zu erleichtern.

Dokument

26 June 1948

MR. McCURDY, Legal: Colonel Raymond¹² is away and he asked me to report in reference to Law No. 159¹³, the regulation on successor organizations is out and a staff study or a board of review is making revisions.

¹¹ Zur Überlieferung der Protokolle vgl. die Ausführungen des Bearbeiters über die Stabskonferenzen Clays in diesem Heft.

¹² William L. McCurdy, Associate Director of Legal Division, OMGUS.

¹³ Col. John M. Raymond, Legal Adviser to the Military Governor and Director of Legal Division, OMGUS.

¹⁴ Im Amtsblatt der amerikanischen Militärregierung ist kein Gesetz 159 verzeichnet. Es muß heißen „Law No. 59“. Am 23. Juni 1948 erklärte die Vermögensabteilung der amerikani-

The other item is in reference to certain responsibilities of legal administration that are being turned back to the Germans.¹⁵ The matter of expedition is already out. The staff study on legal aid is in the Chief of Staff's office and a staff study on paroles is being prepared.

MR. HAWKINS¹⁶, Economics Advisor: The latest figure on coal production is 285 000 tons. It has been up as high as 291,00 tons.¹⁷

The statement that you asked for, General, on turning over I. G. Farben administration¹⁸ to the Germans will be reported before the board before the next meeting.¹⁹ The British have been unwilling to comply.

I have just gotten back from a trip to the various collecting points for cultural items and made arrangements whereby the buildings in which they are stored can be broken up into two sections with two different entrances, one of which will contain about 10% of the stuff and will still be under military government control. That will be the Jewish stuff and stuff that is still subject to restitution, and 90% will be

schen Militärregierung die „Jüdische Nachfolgerorganisation für Wiedergutmachung“ (Jewish Restitution Successor Organization, JRSO) aufgrund des Gesetzes Nr. 59 über die Rückerstattung feststellbarer Vermögensgegenstände zum Rechtsnachfolger für die Übernahme aller jüdischen Vermögen der amerikanischen Zone, bei denen ein Erbspruch nicht mehr geltend gemacht wird. Vgl. Regulation No. 3 under Military Government Law No. 59, in: Military Government Gazette Germany, United States Area of Control, ed. by Office of Military Government for Germany (U. S.), Issue J vom 1. August 1948, S. 3.

¹⁵ Im Monthly Report of the Military Governor, Office of Military Government for Germany (U. S.) (Monthly Report) No. 36, Juni 1948, S. 14, heißt es dazu: „On 22 June the Military Governor approved a plan providing for the partial transfer of responsibility to the German authorities for the arrest and extradition of German war criminal suspects and German nationals accused of common crime in the U. S.-occupied Area. Military Government authorities will no longer arrest or investigate persons whose extradition is sought by other countries unless it is specifically to the interest of Military Government to do so. Under the new procedure, requests for the extradition of both classes of persons will be scrutinized by Military Government and if not rejected will be forwarded to the Minister President in the proper Land, who will report to Military Government the results of his investigation together with his recommendations.“

¹⁶ Phillip Hawkins, Deputy of the Economic Adviser and Chief of Property Control Division, OMGUS.

¹⁷ Die Zahlenangaben beziehen sich auf die Tagesförderungen des deutschen Steinkohlebergbaus.

¹⁸ Hawkins nimmt Bezug auf eine Studie über die Einrichtung eines deutschen Entflechtungsausschusses, der im August 1948 unter der Aufsicht des Bipartite I. G.-Farben Control Office für die Auflösung des I. G. Farbenkonzerns im Bereich des Vereinigten Wirtschaftsgebietes (I. G. Farben Dispersal Panel, FARDIP) als Beraterstab gebildet wurde. Siehe auch: Handbuch des Besatzungsrechts, hrsg. von G. v. Schmoller, H. Maier und A. Tobler, Tübingen 1957, § 44, insbesondere S. 34 ff.; W. Vogel, Westdeutschland 1945–1950, Der Aufbau von Verfassungs- und Verwaltungseinrichtungen über den Ländern der drei westlichen Besatzungszonen, Teil II, Boppard/Rhein 1964, S. 241 ff.

¹⁹ Gemeint ist das Bipartite Board (BIB), das sich aus den beiden Militärgouverneuren Gen. Clay für die US-Zone und Gen. Robertson für die britische Zone zusammensetzte. Ab 9. August 1946 trafen sich diese alle vierzehn Tage zu regelmäßigen Sitzungen.

turned over to the minister presidents. It looks as though we can complete that program in thirty days.²⁰

GENERAL CLAY: Including inventory?

MR. HAWKINS: I want to talk to you about disagreement on certain things such as the stamp collections which are in sealed sections, in thirty days.

GENERAL CLAY: Good.

MR. HAWKINS: In Bavaria the Minister of Economics [Hanns Seidel] reported the applications for jobs and responses to please for additional boys have been very gratifying since the currency reform. The reports of the results of the currency reform were very good.

MR. IOANES²¹, Food and Agriculture: I would like to report an optimistic note further on the food import situation. If the shipping schedule holds up as it is now scheduled, imports for June will probably total slightly over 600,000 tons which again will be a record month and a very great improvement over the situation two weeks ago.

Dr. Schultz of the University of Chicago is here with us now. As you know, he had done a lot of work in the States on the agricultural incentive program.

Lastly, I would like to report a fairly small but optimistic note on the Berlin situation. Two potato trains arrived in Berlin. Transport can't tell us how they got in but, needless to say, they arrived. That is all I can say.

GENERAL CLAY: I think that is what you would call an Act of God; maybe He is on our side.

MR. FAGAN²², Transport: Both the British and ourselves are quite amazed about the potatoes. We can't understand how they got in.

General Clay, yesterday the Soviet military administration ordered the water transport fleet under the control of the Berlin Magistrate to proceed to the Soviet sector. The Magistrate has a fleet of approximately 60 barges under his control with authority stemming from the Kommandantura. The British Waterway Administration tried to delay the execution of this movement but their General Herdy²³ decided there was not sufficient legal grounds for forcibly holding the craft. He put it up to the individual barge skippers as to whether or not they desired to comply with the instructions. He stated that if they desire to proceed to the Soviet Zone they might do so but if they desire to stay at their present mooring in the British Sector they would be supported by the British in their action. As of ten o'clock this morning not one bargee had accepted the offer of the Soviets so the barges are still in the British Sector.

²⁰ Im Monthly Report No. 39, September 1948, Reparations and Restitution Quarterly Review, July – Sept. 1948, S. 8, heißt es dazu: „An intensive campaign was conducted during the quarter to complete the inspection and evacuation of cultural repositories and resulted in the reduction of the number requiring further action from 334 on 30 June to zero on 30 September 1948. This program is therefore completed... By the end of September, 125 688 units of cultural material (exclusive of books and archives) had been released from central collecting points at Munich (Bavaria) and Wiesbaden (Hesse), which accounts for nearly 70 percent of all the material received by them to date. The Offenbach (Hesse) Archival Depot, sole collecting point in the U. S. Zone for Jewish religious material and unsorted library material, has released 2 820 143 of the 3 195 195 items it had taken into custody since its activation.“

²¹ Raymond A. Ioanes, Assistant Branch Chief of Rationing Section, Food and Agriculture Branch, Economics Division, OMGUS.

²² W. A. Fagan, Executive Officer, Transport Division, OMGUS.

²³ Vermutlich handelt es sich um den Chef der brit. Transportabteilung in Berlin.

Now, on the question of the barges, there were seven barges that had proceeded from Hamburg, arrived at Wittenberg²⁴ on the 22nd, proceeded the same day to Heidelberg²⁵ where they were detained until the 24th for payment of total charges. They left [Havelberg] the night of the 24th and on this morning one barge had arrived. It is now at the Spandau tollgate but the other six are still unreported.

GENERAL CLAY: Is food on it, too?

MR. FAGAN: Yes; about 100 tons.

GENERAL CLAY: We got a couple more day's food out of this, didn't we, Howly?²⁶

MR. FAGAN: Yes, Sir. You asked a question yesterday about Soviets barges, Ambassador Murphy²⁷, going through the Soviet Zone. The British have advised that they will not accept such traffic but as yet nothing has been offered.²⁸

GENERAL CLAY: They accept East to West but not West to East.

MR. FAGAN: Twenty barges left Hamburg with instructions to proceed Thursday [24. 6. 1948] night. An unknown number of those twenty - we don't know how many exactly - have left Hamburg on their way to Wittenberg[e] and they should arrive in Wittenberg[e] sometime today. What action will be taken from that time on we will see.

GENERAL CLAY: Let me know what happens if you hear anything about the other five.

MR. FAGAN: Yes, Sir. The question now of international traffic: the British have suspended international traffic from the West to East. Our policy is that we are accepting and moving whatever may be offered. The British are in a rather sticky position on that. The volume of all railborne international traffic which they are now carrying is very small. They have shipments of pyrites and herring from Norway and phosphates from Holland. It is true with the international movement, inasmuch as it originates in a foreign country, it moves by waterway to Hamburg and then is scheduled to move by rail to the Soviet Zone but as of the present moment the British will refuse to handle that. It is practically a local movement from the British to the Soviet Zone.

GENERAL CLAY: What do we have - anything moving?

MR. FAGAN: No, Sir. According to the last report last month, we moved about 2300 tons of pyrites from Italy. The movement of international freight is in greater proportion from East to West.

²⁴ Gemeint ist Wittenberge an der Elbe.

²⁵ Muß heißen Havelberg. Der Weg, den die Frachtkähne nahmen, ging von Hamburg elb- aufwärts in die Havel und über den Havelländischen Hauptkanal nach Berlin.

²⁶ Es ist möglich, daß es sich hier um einen Spitznamen für Fagan handelt oder daß der Director of Office of Military Government for Berlin Sector Frank L. Howley angesprochen wurde.

²⁷ Robert D. Murphy, Political Adviser to the Military Governor.

²⁸ Im Monthly Report of the Control Commission for Germany (British Element), vol. 3, June 1948, S. 80, heißt es: „Immediately following the enactment of currency reform, the movement of all traffic from the Bizonal Area to the Soviet Zone was suspended, although traffic from the Soviet Zone continued to be accepted where offered. Despite spasmodic movement to Berlin because of the erratic rail and water transport situation which changed almost daily, it appeared that transport facilities were adequate to cope with the emergency. At the end of the month, the Soviet authorities invoked regulations that had the effect of a rail blockade on Berlin, and the task of supplying the British, American and French Sectors of the city by air was begun.“

GENERAL CLAY: How about our own zone into the Soviet Zone; do you have any movement from our own zone to the Soviets?

MR. FAGAN: We have stopped it.²⁹

GENERAL CLAY: I think you had better join the British in stopping the other.

MR. FAGAN: The British have offered this morning two trains from the Soviet to the British Zone under their policy they would accept it but the Soviets said: „No, you must give us two trains in exchange“; so the British are going to offer them two trains for Berlin and see what happens there.

The French Zone currently has not been reduced so the embargo remains in effect. That is all.

GENERAL CLAY: Thank you.

MR. MERRILL³⁰, Communications: The Reichspost officials³¹, General, say the currency reform is the most encouraging action they have seen taken by the military governors in the past two years. They have had a considerable lack of purchasing power in the Reichsbahn³². It has been one of their main problems being rather a service organization. They were in a tough position with the low purchasing value of the Reichsmark.

They report now that their suppliers are beginning to give them supplies while they used to have to go out and try to find contractors. Contractors are now coming to them. The labor situation which has been a critical item in the Reichspost has materially improved. While they used to have to advertise for people to try to come to work, now they find people coming to them after jobs. Their labor which is presently employed is more efficient and there is a great drop in absenteeism which has been an important factor.³³

The volume of the services so far has dropped off approximately by 25 to 50 percent of what it was before currency reform. They expect within two or three months to get it back to what it has been. The one problem is: they find that the rates now for the various communication services appear to be out of line.

²⁹ Auf Anordnung der britischen und amerikanischen Militärregierungen war am 24. 6. 1948 der Güterverkehr aus den Besatzungszonen und der Transitverkehr von Westeuropa in den Ostblock eingestellt worden, während Züge aus dem Osten weiter angenommen wurden. Siehe dazu: Berlin. Behauptung von Freiheit und Selbstverwaltung 1946–1948, hrsg. im Auftrag des Senats von Berlin, Berlin 1959 (Berlin 1946–1948), S. 521; Lucius D. Clay, Entscheidung in Deutschland, Frankfurt 1950, S. 429.

³⁰ Eugene H. Merrill, Chief of Communication Branch, Internal Affairs and Communications Division, OMGUS.

³¹ Gemeint ist hier vermutlich die Verwaltung für Post- und Fernmeldewesen des Vereinigten Wirtschaftsgebiets (VWG).

³² Muß wohl heißen Deutsche Post, denn die Kontrolle der Reichsbahn ressortierte in der Transport Division, OMGUS. Die Umbenennung der Reichspost in Deutsche Post geschah im Rahmen der Reorganisation der Verwaltung des VWG im Januar 1948. Siehe dazu Protokoll zur 109. Sitzung des Exekutivrats des VWG am 15. 1. 1948, BA, Z 4/221, Bl. 369.

³³ Ergänzend dazu heißt es im Monthly Report No. 36, June 1948, Communications Quarterly Review, S. 2: „Large scale personnel reductions are not contemplated by Deutsche Post officials, despite the decreased activities. By dismissing only incompetent employees and retaining the well-trained personnel to handle the reduced traffic, the excessive overtime formerly required of Deutsche Post employees will be reduced or completely eliminated, greater efficiency will be attained by diminishing the work load of the individual employee“.

The rates now charged for mail service are double preoccupation rates; for telephone and telegrams, 50% above; for a German to mail a letter, 30-cent Reichsmarks, a cost of about 7 1/2 cents; an international letter, about 15 cents compared with 5 cents, an international letter for mailing out of U. S.³⁴

They want to wait a couple of month to see the full effect of the currency reform prior to recommending any basic change in the structure.³⁵

They have pointed out some things which they thought our attention should be directed to. One of them is that their suppliers feel that there has not been an increase in raw materials available to them. Unless they get some money they will have to lay off some of their employees. That is because the credit of the manufacturers isn't good. There is a lack of small currency.

Then they report that apparently, on orders from the East, some of the Communist agitators are attempting to discredit the currency reform, one thing being the lack of signature on the currency which apparently was a custom of Germany before the war.

With respect to the mail situation in the Soviet Zone there is no exchange of mail except occasionally there is a car or two a day of mail going through different places along the border. We understand that telephone and telegraph service is still continuing from the Western zones into Berlin and into the Soviet Zone although we understand the Soviets are tapping the telephone and telegraph cables which are now coming through a building in the U. S. Sector. They have been tapping them outside of Berlin and are now routing the cables into the telephone and telegraph office which they are constructing. It will probably take a week or two to construct the thing.

We have a number of communication papers which will be on the agenda, I think, of the next Bipartite Board meeting [30. 6. 1948]. The most important one covers the radio field. There is a difference of opinion between us and the British on the matter. We have coordination with G-2³⁶ Signal Office and with various other interested offices in OMGUS who have proposed that the economic council be given full authority in the radio field except for radio broadcasts and news disseminations and for allocation frequencies. The British feel the economic counsel could be given a limited authority but in major radio activities that their proposed actions should still be subject to prior approval of military government.

Another paper on which there is a difference of opinion is the principle of what we call Sender-Keep-All on international telephone and telegraph service on exchange

³⁴ Ergänzend stellt Monthly Report No. 36, June 1948, Communications Quarterly Review, S. 2, fest: „All telecommunications, postal, and postal financial services in the Bizonal Area declined sharply with the promulgation on 20 June of currency conversion in the Western Zones. Within two weeks, however, all services had begun a steady recovery, reaching by 30 June levels which in general compared favorably with those in 1938. According to estimates by Deutsche Post officials at various communications centers in the Bizonal Area, mail volume had returned to 40-50 percent of the pre-conversion level, telegraph traffic was 25-50 percent of the former volume, and telephone volumes were approximately 70 percent as heavy as in mid-June. Further moderate increases in the communications services are anticipated by Deutsche Post officials.“

³⁵ Die Senkung der Postgebühren wurde bereits im Juli 1948 von der Verwaltung für Post- und Fernmeldewesen des VWG vorgeschlagen. Siehe Protokoll der Konferenz der Generäle Clay und Robertson mit Vertretern der bizonalen Organe am 15. 7. 1948, BA, Z 4/523, Bl. 312.

³⁶ Das Oberkommando der amerikanischen Armee in Europa war in fünf Gruppen eingeteilt: Personnel (G-1), Intelligence (G-2), Operations (G-3), Supply (G-4), Civil Administration (G-5).

with foreign countries on a non-accounting basis. It was approved by the Bipartite Board and the British have proposed attempting to expanding the principle with other countries.

DR. MUELDER³⁷, Education and Culture Rel.: Following instructions from General Gailey³⁸, we are in the process of moving to Nürnberg³⁹ the entire division excepting the deputy director and administrative officer or secretary will be moved to Nürnberg. Some will go down Sunday [27. 6. 1948]. By Wednesday [30. 6. 1948] the entire division shall clear the post here.

Dr. Gresh⁴⁰, the Berlin director, is leaving for the States by ship on the 30th of June and I think he should be here along the 15th of July.

In the education field there is one item of general interest as far as the Russians are concerned. I think Dr. Gresh has an item to relate.

DR. GRESH, Education: The Unitarian Service Commission⁴¹, General Hays⁴², as you know, is sending over a rather large commission of doctors and surgeons. They arrived in Frankfurt on the 2nd of July and consisted of 15 eminent medical men and three other people. The education branch has been assigned the responsibility for taking care of them and it is pretty well completed. However, we have asked the Public Health Branch to take over the rest of the business so far as their stay here is concerned. They come to Frankfurt and then to Berlin and then go back to Frankfurt for the start off. They will spend about a week at each university. They bring with them a certain amount of demonstration material.

The British were a little bit worried about overcrowding the schools and spending a week there but that has all been worked out. It won't be a very great task for Public Health to take over as far as handling is concerned.

The Commission of International Education Reconstruction, which is sort of a committee of the American Council of Education, has come out with a very significant report. I think you have seen it. It drew up a letter for General Clay. The commission, by the way, is charged with the coordination of all volunteer efforts in America with respect to war devastated countries and the report shows that in 1947 the re-

³⁷ Milton E. Muelder, Deputy Director of Education and Cultural Relations Division, OMGUS.

³⁸ Charles K. Gailey, Chief of Staff, OMGUS.

³⁹ Die Teilverlegung der Education und Cultural Relations Division, OMGUS nach Nürnberg fand im Rahmen einer größeren Umstrukturierung der Information Control Division und der Education and Cultural Relations Division statt. Vgl. dazu OMGUS-General Order No. 6 vom 18. 2. 1948 und No. 22 vom 23. 6. 1948, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte (IfZ), MA 1417.

⁴⁰ Levi D. Gresh; die Position von Gresh in OMGUS zum damaligen Zeitpunkt ließ sich nicht ganz klären. Nach den OMGUS-Personnel Rosters war er bis Februar 1948 Deputy Chief of Education and Religious Affairs Branch der Internal Affairs and Communications Division, OMGUS. Er taucht dann nicht mehr in den Personallisten der neugebildeten Education and Cultural Relations Division, OMGUS, auf, auch nicht in denen des Office of Military Government for Berlin Sector (OMGBS).

⁴¹ Es muß heißen „Unitarian Medical Mission“; dazu heißt es ausführlicher im Monthly Report No. 37, July 1948, S. 10: „The Unitarian Medical Mission, consisting of 15 physicians and surgeons from the United States, arrived in the U. S. Zone on 2 July. A series of lectures, clinics, and demonstrations was given to the German medical profession in Frankfurt, Berlin, Munich, and Goettingen (British Zone) . . . The Medical Mission brought U. S. textbooks and surgical and anesthesia apparatus to give to the Germans on the completion of the visit.“

⁴² George P. Hays, Commanding General, OMGUS and Deputy Military Governor.

porting members of this commission spent about \$ 1,155,000. Not all of the members reported on their 1948 plans but Snyder, who is the executive director of the commission, estimated \$ 250,000,000, as you know. However, we have felt that the inspector general would leave in America a small coordinating committee. This man Snyder's committee is concerned with devastated countries. Dr. Wells⁴³ is working on that now.

We have a letter from Rockefeller [Foundation] which indicates that it is about set up. Dean Russell came through with a very significant report. You have seen it and I think it has a special significance for democratization program. I think, General Clay, you would like to read it.

And there is one other item and that is that our Dr. Ade⁴⁴ and Dr. Allard⁴⁵ made a trip to Pädagogische Hochschule [Berlin] yesterday and were picked up and held from three o'clock until seven. Dr. Allard said they gave him pretty rough treatment and Dr. Alexander⁴⁶ is sending in a report to the Chief of Staff.

I think that is all.

DR. LITCHFIELD⁴⁷, Civilian Administration: General Hays, I have several items of interest with regard to the SPD. First of all, the decision has been definitely made to move their headquarters from Hamburg to Frankfurt.⁴⁸ In connection with that, there is reason to believe – though it is not at all definite – that SPD may begin to have certain of its members in Economic Council in Laenderrat who have not been too effective resign and replace them with higher ranking people. There are a number of conversations which they have initiated this week and in which they have admitted that [they] have not made the efforts in economic council in the past. They will try to make up for the mistake in the future.

Likewise, there is reason to believe – although it is not definitely settled – that SPD may be assigned to recommend to its members in the Landtage to have indirect elections of the members of the constituent assemblies instead of direct.⁴⁹ If that is the case

⁴³ Hermann B. Wells, Adviser for Cultural Affairs to the Military Governor, Acting Director of Education and Cultural Relations Division, OMGUS.

⁴⁴ Lester K. Ade, Deputy Chief of Education Branch, Education and Cultural Relations Division, OMGUS.

⁴⁵ Allards Funktion konnte nicht ermittelt werden.

⁴⁶ Richard T. Alexander, Chief of Education Branch, Education and Cultural Relations Division, OMGUS.

⁴⁷ Edward H. Litchfield, Director of Civil Administration Division, OMGUS.

⁴⁸ Die Parteizentrale der SPD befand sich damals nicht in Hamburg sondern in Hannover. Eine Verlegung nach Frankfurt war nicht im Gespräch. Erst nach der Konstituierung der Bundesrepublik kam die SPD-Zentrale nach Bonn. Möglicherweise nimmt Litchfield in seinen Ausführungen die Beratungsgegenstände des Hauptvorstandes der SPD auf, der sich am 29. und 30. Juni 1948 in Hamburg getroffen hatte. Vgl. Sozialdemokratischer Presdienst vom 30. Juni 1948, S. 1.

⁴⁹ Dazu äußerte sich am 30. Juni 1948 der SPD-Vorstand in einer Entschliessung: „Die Sozialdemokratische Partei wehrt sich gegen den Versuch, Deutschland staatsrechtliche Konstruktionen aufzuzwingen. Die Erweiterung und Zusammenfassung der deutschen Befugnisse auf der jeweils höchsten erreichbaren territorialen Stufe ist eine Notwendigkeit. Aus diesem Grunde bejaht die Sozialdemokratie die Schaffung einer einheitlichen und effektiven Verwaltung in den drei Westzonen. Darum tritt sie auch dafür ein, daß die Besatzungsmächte baldige allgemeine und direkte Wahlen zu einem provisorischen Parlament ermöglichen. Dieses sollte sowohl ein Verwaltungsstatut für die westlichen Besatzungszonen schaffen, als auch die normalen Funktionen einer demokratischen Volksvertretung übernehmen.“ Ebenda S. 3.

the KPD is the only party now which wants popular elections for reasons which are generally understood with reference to the food situation in Berlin which will take considerable pains to explain.

GENERAL CLAY: It puts us on the KPD side.

DR. LITCHFIELD: We have been very careful not to advertise what our position was in the negotiation.

GENERAL CLAY: We definitely want direct elections. I have told every one of them that.

DR. LITCHFIELD: It is probably only the SPD that will attack this.

GENERAL CLAY: And us.⁵⁰

DR. LITCHFIELD: As far as the food situation is concerned, General Clay, we have 16,000 CARE⁵¹ packages which were loaded in Bremen coming in by barge which, of course, can't now come in. CARE is trying to negotiate to have them brought in by commercial carrier so the 16,000 will be there if there is any way of bringing them in.

Colonel DeForest⁵² has something to say about the health in Berlin.

I would like to say now we have a staff study coming up in coordination with Colonel Howley's people so that possible alternatives will be laid down if it is necessary to make such.

In the legislation field there has been a very great increase in the number of pieces of legislation which have come up from the economic council. There are three which have come up for interim action by the Bipartite Board, three more that are to be in the Board agenda for next Wednesday [30. 6. 1948]. There are five that have been passed by the Laenderrat and on which BICO comments have been obtained.

With reference to general delay in the process of legislation review, we are trying to speed it up by decentralizing all of our legislation, by having part of the branch⁵⁴ in Frankfurt work with BICO to consolidate the views for us here. There won't be future cases where it will be necessary to go around the [Bipartite] Board.

The final thing I would like to say is that one of the by-products of our exchange program is that an official from one of the professional science journals in the States is to have an issue devoted entirely to the discussion of German problems by the Germans and Americans. Roger Wells⁵⁵ will be its editor and we hope to get it set up by this fall.

GENERAL CLAY: Good.

COLONEL DeFOREST, Public Health: In view of the order imposed on both rail and water traffic, the medical supply situation in Berlin is being investigated. By and large, it is not too bad at the moment provided there is good supervision and distribution of supplies. It is estimated that they have four months' supply on hand of peni-

⁵⁰ Zum Wahlmodus für den Parlamentarischen Rat siehe: FRUS, 1948 II, S. 375 ff.; Clay-Papers, S. 672 ff.

⁵¹ Die „Cooperative for American Remittances to Europe (CARE)“ war 1946 als amerikanische Hilfsorganisation gegründet worden, um die wirtschaftliche Not in Europa nach dem Krieg zu mildern.

⁵² Col. Walter R. DeForest, Deputy Chief of Public Health Branch, Civil Administration Division, OMGUS.

⁵³ Col. Frank L. Howley, Director of OMGBS.

⁵⁴ Legislation Branch, Civil Administration Division, OMGUS.

⁵⁵ Roger H. Wells war bis August 1947 als Deputy Chief der Civil Administration Division, OMGUS tätig, ging dann in die USA zurück (Prof. für Politische Wissenschaften am Bryn Mawr College) und war ab Juli 1948 wieder im OMGUS-Stab. Vgl. Protokoll der Stabskonferenz vom 12. 6. 1948, 11 Ifz, Fg 12.

cillin alone and about two months' supply of general medical supplies. However, the one critical item of four weeks' supply is a matter of either for anaesthesia and major surgery.⁵⁶

We were informed yesterday that eight and a half tons of serum and vaccine, which is a quarterly shipment from the Goering Works, was returned at Helmstedt and arrangements have been made to ship that in by air; it will arrive in Tempelhof by noon.

Another problem was raised by failure of the Germans to report a status of the tuberculosis supplies required as was recommended by Dr. Long's tuberculosis commission when he was here in February.⁵⁷ The Germans were asked to estimate their requirements and forward that. The Laenderrat Committee who have been working on it have been asked to expedite and make them get together on their estimates. One trouble was that there was considerable divergence of opinion as to how many hospital beds to attribute per death to tuberculosis. The estimate ranges from 1.0 to 3.5 beds per death. The U. S. figure for supply purposes is 2.0 and they have been told to figure it out on the basis of 2.0 per death.

Public Health is prepared to take over from Education with the Unitarian Medical Mission. Most of the scheduling has been arranged and most of the administrative arrangements are ready.

DR. LITCHFIELD, Civilian Administration: I would like to add that on the last point mentioned we are trying to work out with Rockefeller [Foundation] a general exchange program in the medical field so that we will have a sustained program during the year and not a series of periodic visits which come not always set up in the way we are prepared and not prepared to do.

MR. HALL⁵⁸, Public Safety: General, during the week instructions went out requiring removal of local denazification records in the hands of local military governments to the Intelligence Office in EUCOM.⁵⁹ Those files were completed with the exception of those portions of dossierated files which we retained.⁶⁰

⁵⁶ Noch am 26. 6. 1948 hatten die sowjetischen Besatzungsbehörden die Lieferung von Medikamenten aus der SBZ in die Westsektoren eingestellt. Siehe dazu Berlin 1946-1948, S. 527.

⁵⁷ Im Februar 1948 hielt sich eine Gruppe der U. S. Army Tuberculosis Commission in der US-Zone auf, die die Tuberkulosesituation untersuchte. Sie empfahl damals u. a. auch ein einheitliches Erfassungssystem der Tuberkulosefälle für die gesamte Bizone, das von den Gesundheitsbehörden der britischen Militärregierung im März 1948 übernommen worden war. Vgl. Monthly Report No. 34, April 1948, S. 11.

⁵⁸ Theo E. Hall, Chief of Public Safety Branch, Civil Administration Division, OMGUS.

⁵⁹ European Command, United States Army.

⁶⁰ Im Zusammenhang mit der Revision des „Befreiungsgesetzes“ im März 1948 löste OMGUS seine Entnazifizierungsorgane auf. Zur Abwicklung der noch anstehenden Verfahren in der US-Zone erließ OMGUS am 27. 3. 1948 ein Rundschreiben an die Ländermilitärverwaltungen: „[1.] It is the purpose of this directive to establish policy and procedures for Military Government and German denazification agencies for the acceleration of the completion of denazification trials in the US Zone. It is essential from the standpoint of Military Government objectives in Germany that this program be finished rapidly. 2. Military Government has approved the attached amendments to the Law for Liberation, proposed by the Laenderrat, which give complete discretion to Public Prosecutors in instituting charges in those cases not yet tried. You will inform subordinate offices of Military Government of the attached amendments and the contents of this directive, authorizing them to deliver copies of the amendments to the Public Prosecutors in their jurisdiction. 3. You will direct Liaison and Security Offices, assisted by Land Denazification officers to contact Public

Finally, the sign of the times is that for the first time we have recommended that bank guards be armed.

MR. KELLY, DP⁶¹: The DP Bill has been seen⁶². We have the text of it and have it analyzed and we are having a meeting with General Harrold; shortly after that we will meet with the immigration people and IRO⁶³ people in the consulate in Berlin. We will then give specific information as to how it will be implemented from all sides.

MR. CASSODAY⁶⁴, Property Division: The plan which Mr. Hawkins promised on the liquidation and termination of property control and external assets was submitted to General Clay.⁶⁵ We hope as soon as we can get the recommendations to the Germans

Prosecutors and Tribunals locally to explain and interpret the attached amendments and to offer continuing advice, guidance and direct assistance in the selection of the relatively few heavily incriminated cases to be tried formally and the disposition of the remainder under expedited procedure. 4. You will direct your Denazification Division and the Land Liaison and Security Offices under your jurisdiction to make available immediately on a loan basis to the Ministries and to the local tribunals the indigenous personnel of Special Branch Offices, including their office space and equipment, particularly to assist the German denazification agencies in the clerical and administrative work of their offices during the period until 1 May 1948. 5. You will relieve the personnel of your Denazification Division and all qualified Liaison and Security officers of all other duties until 1 May 1948, to enable them to provide continuous and personal assistance to the German denazification agencies at every level in expediting the completion of denazification trials. [...] 8. You will direct US Military Government personnel engaged in the denazification program to utilize Military Government facilities in the direct support of the German denazification program. Headquarters EUCOM has been requested to cooperate by issuing instructions to Post Commanders to assist with the means at their disposal, when requested by authorized Military Government personnel, in the completion of the denazification program. Monthly Report No. 34, April 1948, Denazification Cumulative Review, S. 160 f.

⁶¹ L. G. Kelly, Chief of Displaced Persons (DP) Branch, Civil Administration Division, OMGUS.

⁶² Der Berichterstatter nimmt Bezug auf ein am 25. Juni 1948 von Präsident Truman unterzeichnetes Gesetz. Im Monthly Report No. 36, Juni 1948, heißt es dazu ausführlicher: „On 25 June President Truman signed the Bill permitting the selective entrance of displaced persons to the United States to become effective on 1 July 1948. The Bill will admit to the United States 205 000 eligible displaced persons resident in the Western Zones of Germany and Austria and in Italy. The number will include 3 000 eligible displaced orphans under 16 years of age on special non-quota visas, and 2 000 Czech political refugees who have arrived in Italy or the Western Zones of Germany or Austria since 1 January 1948.“

⁶³ Die „International Refugee Organisation (IRO)“ war 1946 als Hilfsorganisation der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Flüchtlinge und Verschleppten in den von den Alliierten besetzten Gebieten gegründet worden. Sie übernahm ab 1. Juli 1948 teilweise die Aufgaben der bis 1947 bestehenden „United Nations Relief and Rehabilitation Administration (UNRRA)“. General Harrold konnte nicht ermittelt werden.

⁶⁴ Eldon J. Cassoday, Deputy Director of Property Division, OMGUS.

⁶⁵ In der Stabskonferenz am 19. 6. 1948 sprach Hawkins von einem Stufenplan für den Abbau der Property Division, OMGUS. Ausführlicher heißt es dazu im Monthly Report No. 36, Juni 1948, S. 15: „During the month, U. S. Military Government virtually completed the transfer from property-control custody to the German State Corporation for the Utilization of Public Property (Staatliche Erfassungsgesellschaft für öffentliches Gut, or STEG) of all captured enemy equipment which had been under U. S. property control, and

we can start right out with the plans and we can get out of business within the next few months.

In connection with Mr. McCurdy's remark about the successor organization, we had a press release all set for last Wednesday [23. 6. 1948] when the regulation was made effective but I have advised PIO⁶⁶ that we were holding it up until the reporters were more interested in news of that type, and we feel a lot of news items are in it, here in Germany especially. We are holding it up until PIO advises us.⁶⁷

GENERAL CLAY: You are just holding up the brief, not the law?

MR. CASSODAY: No, we have it – just the release; that wouldn't affect the effective date at all.

MR. ROBBINS⁶⁸, Armed Forces: The Armed Forces Division has completed its physical movement and now join the OMGUS compound family.

MR. WERTS⁶⁹, Manpower: The Economic Council has now completed action on Ordinance 32 which is the one giving economic council authority to legislate in the manpower field.⁷⁰ This was done over a slight objection of Laenderrat. They have the wish to have vocational training retained.

GENERAL CLAY: They're right on that.

MR. WERTS: Right; we would support that position. The BICO chairman [Clarence L. Adcock] acted yesterday on this ordinance. There is some slight reservation. I have

of all funds derived from the sale thereof. The transfer operation was begun in April 1947. The transfers of equipment and funds, which had a total valuation of RM 78 446 009, were made in accordance with Property Control Circular No. 4, dated 28 March 1947. In addition to these transfers from U. S. property-control custody, other captured enemy materials to the value of approximately RM 312 000 000 had been turned over to STEG as of 20 June by other Military Government organizations and by the U. S. Army, for use in the German civilian economy.“

⁶⁶ Public Information Office, OMGUS.

⁶⁷ Am 1. 7. 1948 berichtete Die Neue Zeitung unter dem Titel OMGUS regelt herrenlose jüdische Vermögen: „Die Vermögensabteilung der US-Militärregierung erklärte zum Rechtsnachfolger für alle jüdischen Vermögen der amerikanischen Zone Deutschlands, bei denen ein Erbspruch nicht mehr geltend gemacht wird, die ‚Jüdische Nachfolger-Organisation für Wiedergutmachung‘ (Jewish Restitution Successor Organisation), abgekürzt IRSO. Die Verfügung erfolgte auf Grund des Gesetzes Nr. 59 der Militärregierung, das eine Wiedergutmachung für feststellbares Vermögen und Eigentum vorsieht. Nach den Bestimmungen dieses Gesetzes fallen alle Vermögen, auf die durch Erben oder weil der Vermögenslasser ohne Erben starb, kein Anspruch erhoben wird, an die jüdische Nachfolgerorganisation. Nach den deutschen Gesetzen würde solches Vermögen teilweise dem Staat zufallen; da der deutsche Staat jedoch in den meisten Fällen dazu beigetragen hat, daß die Verstorbenen ohne Erben geblieben sind, erachtet es die Militärregierung für richtig, das Vermögen auf eine Organisation zu übertragen, die es für das allgemeine Wohl von Angehörigen der gleichen Rasse und Religion verwenden wird. Dieser Rechtsnachfolger darf jedoch solche übertragenen Vermögen nicht ohne ausdrückliche Genehmigung der Militärregierung aus Deutschland entfernen.“ Vgl. Anm. 13.

⁶⁸ G. B. Robbins, Chief of Executiv Branch, Armed Forces Division, OMGUS.

⁶⁹ Leo R. Werts, Director of Manpower Division, OMGUS.

⁷⁰ Werts nimmt Bezug auf das „Gesetz [Nr.32] über die Zuständigkeit der Verwaltung des VWG auf dem Gebiet der Arbeit,“ das vom Wirtschaftsrat am 26. 5. 1948 verabschiedet worden war. Siehe dazu: Wörtlicher Bericht über die 16. Vollversammlung des Wirtschaftsrats am 25./26. Mai 1948, in: Berichte des Wirtschaftsrates Bd. 2, S. 555 ff. Zum Beschluß des Länderrats des VWG und des BICO siehe ebenda Bd. 4, S. 572, 667.

not been able to discover what the reservation is. I talked to General Adcock yesterday about it and I am suggesting here that the Board act on the 30th [June] if possible because the others feel that it would be very desirable to have a functioning group or a group of authority at that level to deal with unemployment and labor problems which may result from currency reform.⁷¹

In regard to currency reform, we have a few indications which, in our judgment do not necessarily point the trend but may be of some interest here. Our people made a rather thorough survey in Hesse of the labor exchanges and as of the 31st May there were 40,000 unemployed. On the 25rd of June there were 42,100 which was an increase of 1500 of which 1100 were males. These were largely people who had been dismissed from small handicraft shops. The 400 females who were represented in that increase were people who had not been previously employed but who were now seeking employment in order to help support the family or to get income because current sources of income had been cut off.⁷²

There is indication on the situation that in Frankfurt University of the 4500 students 1500 applied for part time work saying that they would be unable to carry on unless they had supplementary income. Indications are that this is true in Marburg and other university places.

Other indications are that some employers are collecting their 60 marks per employee on current payrolls and then releasing employees, waiting for the situation to settle down and see what they can afford to keep on the payroll. Some indications, too, are: it is probable some employers attempted to reduce wages. I know one or two cases were checked on and it was evidence those are illegal wages.

Further on the labor supply situation: the French recruiting, as you know, has been under way for some little time.⁷³ There were nearly a thousand young men and women who applied for employment in France during the two weeks ending June 20th. There was some check as to why they were interested in this employment and the answer seemed to be there was no future for the young people in Germany. Out of this thousand the French have accepted applications for 235. Most of the recruits were single men and women between 20 and 24 years of age. There were some negotiations under way with Luxembourg to recruit about 500 workers for Luxembourg. However, that probably will not proceed and indications are that Luxembourg has apparently made arrangements with Italy where they have large surplus labor and will not use the German labor.

MR. RIDDLEBERGER⁷⁴, Political: I have nothing to report.

⁷¹ BIB behandelte das Problem erst in seiner 31. Sitzung am 15. Juli 1948 und entschied: „The functions of the Economic Council and the Länderrat in the field of vocational training and guidance were not to go beyond aiding, assisting, and promoting interest and activity by Länder government“. Monthly Report No. 37, Juli 1948, S. 38.

⁷² Vgl. dazu auch den ausführlicheren Monthly Report No. 36, Juni 1948, S. 18 f.

⁷³ Im November 1947 hatte die amerikanische Militärregierung mit der Regierung in Paris ein technisches Abkommen ausgehandelt, nach dem eine französische Kommission 20 000 freiwillige Arbeitskräfte aus der US-Zone für Frankreich anwerben konnte. (Monthly Report No. 29, November 1947, S. 30 f.) Die Kommission begann am 7. 6. 1948 in Bayern ihre Rekrutierungen. Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 8. Juni 1948 und Monthly Report No. 36, Juni 1948, S. 19.

⁷⁴ James W. Riddleberger, Director of Office of Political Affairs, OMGUS.

COLONEL TEXTOR⁷⁵, Information Control: The information program continues mostly to concentrate itself on the currency reform program. The task force I have in France for the backing up of the zonal operation will follow⁷⁶ about the same schedule this weekend as last. Special editions of the *Neue Zeitung* and others will continue.

With respect to the Soviet radio, yesterday it seemed to quiet down somewhat. That is, the peak of violence and threatening appeared on the Soviet radio on Tuesday, Wednesday and Thursday [22.-24. 6. 1948]. Yesterday seemed to reveal new themes on violations. The two violations were broadcasts with respect to the Warsaw conference and the demand of Germany on the Bipartite Agreement. The main theme song had to do with demands for Germany which were used for discrimination on currency reform.⁷⁸ The other one was a broadcast yesterday of propaganda which had to do with the British stand in Berlin with the implication being that the British position would weaken.⁷⁹

With respect to our own position in Berlin, the only thing of interest is our own newsprint situation. We have approximately 750 tons on hand which for two papers represents roughly five and one-half week's supply. We are in fairly good shape. I gave instructions day before yesterday [24. 6. 1948] to cut out completely that portion of the Berlin edition which sent to the zone. That would save double shipment.

I received word yesterday by cable from New York City that the Rockefeller Foundation has formally approved our grant for fifteen German journalists to go to the United States for six month training course and we will receive them from the three zones.⁸⁰

We have a board of visiting experts here from the United States consisting of five presidents of five leading publishing houses. They are here to survey our publishing

⁷⁵ Gordon E. Textor, Director of Information Control Division, OMGUS.

⁷⁶ Textor spielt hier auf die Widerstände Frankreichs gegen die Errichtung eines Weststaates in Deutschland an.

⁷⁷ Auf Initiative der Regierungen in Moskau und Warschau hatte am 23. und 24. Juni 1948 eine Konferenz der Regierungsvertreter der Ostblockländer stattgefunden. Sie vereinbarten eine Erklärung, in der scharfe Angriffe gegen die Beschlüsse der Londoner Konferenz vom Juni 1948 formuliert wurden. Außerdem wurden Meldungen lanciert, nach denen die Warschauer Konferenz die Bildung einer deutschen Separatregierung für Ostdeutschland beschlossen habe.

⁷⁸ Siehe dazu: Berlin 1946–1948, S. 512 ff.

⁷⁹ Das offiziöse Organ der sowjetischen Militärverwaltung „Tägliche Rundschau“ veröffentlichte im Juni 1948 Meldungen, daß amtliche Kreise in London einen Rückzug ihrer Truppen aus Berlin erwögen. Ein Sprecher des Foreign Office erklärte am 26. Juni 1948 demgegenüber, daß sich das britische Kabinett nach der Entgegennahme eines Berichts des stellvertretenden britischen Militärgouverneurs Gen. Brownjohn über die Lage in Berlin zum weiteren Verbleib der britischen Truppen in Berlin entschlossen habe. Außerdem betonte Churchill als Oppositionsführer auf einer Parteiversammlung in Luton, daß eine feste Haltung gegenüber den Sowjets die einzige Chance sei, um einen dritten Weltkrieg zu verhindern. Vgl. *Die Neue Zeitung* vom 27. 6. 1948 und Schreiben des amerikanischen Botschafters in London Lewis Douglas an George Marshall vom 26. 6. 1948, in: FRUS, 1948 II, S. 921 ff.

⁸⁰ Nachdem im April 1948 sechs Rundfunkkommentatoren mit Hilfe von Rockefellerstipendien das amerikanische und britische Rundfunksystem studieren konnten, gingen im September 1948 15 deutsche Journalisten zwei Monate nach Amerika, um sich dort über das Pressewesen zu unterrichten. Vgl. *Monthly Report No. 59*, September 1948, *Information Services, Quarterly Review*, S. 11.

program and give us practical advice on what we can do to improve the situation in Germany. They know the situation thoroughly. It represents five months of backing us up in the States. They know the situation well and I think they will give very good advice.

An interesting highlight on the Yehudi Menuhin concert on Monday and Tuesday is: he is arriving by special plane tomorrow on his own offer to add Berlin to his concert tour.⁸¹ We have received a message from him this morning saying he would like to have DP's and German school children admitted. He is apparently going to carry on the same good work he has heretofore.

MR. SHUBERT⁸², Public Information: I have nothing.

MR. DeNEUFVILLE⁸³, Intelligence: I have several items for our people in Berlin. The City Council last night decided that the United Nations should take a stand on the Berlin situation. There was a decision or plan that directed someone to draw up a letter or cable to be sent United Nations. That was adopted on a non-party basis. There were a few extensions; otherwise, it would be an unanimous vote.⁸⁴

The SED is not having a great deal of success with its plans to organize general strikes of protest here. Apparently, the trade union leaders, even the Communists, are against it because they say it will be a weakness rather than strength.

The exchange of money in the Soviet sector is very chaotic. The exchange that we are making in our sector – the actual procedure comes in with very favorable comment because it is much more quick and more efficient. As for the rate of exchange between the Soviet mark and the Deutsche Mark, rumors have it it will be anything from five to one Deutsch Mark up to twenty for one, but some deals were actually concluded last night of eight to one. That seems to be the going rate on the black market.

I think that is all.

GENERAL CLAY: If they keep on, they will be able to get more Soviet marks for the one Deutsch Mark than they had Deutsch Marks to turn in.

COLONEL WILLARD⁸⁵, Berlin Command: Nothing.

COLONEL DUKE⁸⁶, Personnel: Nothing.

MR. SUNDQUIST⁸⁷, Control Officer: Nothing.

MR. KING⁸⁸, Secretary General: Nothing.

DR. FRIEDRICH⁸⁹, Governmental Affairs: General Hays, the sheet rate on stamps is 700 marks. I had hoped to be able to make a final report on these meetings of the German governmental and political leaders with the people in the Ruhr coal mining in-

⁸¹ Der amerikanische Geigenvirtuose Jehudi Menuhin hielt sich damals zu einer Konzertreise für Wohltätigkeitszwecke in Deutschland auf.

⁸² L. B. Shubert, News Branch of Public Information Office, OMGUS.

⁸³ Lawrence E. DeNeufville, Deputy Director of Intelligence Office and Chief of Analysis and Research Branch, OMGUS.

⁸⁴ Am 25. Juni 1948 beschloß der Magistrat von Berlin, die Vereinten Nationen auf die schwierige Situation der Stadt hinzuweisen. Die Eingabe an die UN, die auch den vier Besatzungsmächten unterbreitet worden war, wurde auf einer außerordentlichen Sitzung des Magistrats am 28. Juni 1948 formuliert. Siehe Die Neue Zeitung vom 27. 6. 1948.

⁸⁵ Robert A. Willard, Commanding Officer, Berlin Command.

⁸⁶ James D. Duke, Personnel Officer, OMGUS.

⁸⁷ James L. Sundquist, Control Officer, OMGUS.

⁸⁸ James E. King, Acting Secretary General, OMGUS.

⁸⁹ Carl J. Friedrich, Governmental Affairs Adviser to Military Governor.

dustry but we are still without the official report from the minister presidents due to difficulty of channels.⁹⁰

However, I do have a final report with reference to the leading Bizonal crowd in Essen on the 8th and 9th and I think the only matter of general interest would be that there is the usual amount of complaints. They feel they want the necessary legislation in the economic council in the Laenderrat to remedy the situation, they observed. I hope they do.

There is one specific item which I believe might be of interest to you, General Clay, because it relates to the controversy in the works council on Hesse. There has been in the British Zone right along a practice not embodied in law, for the works council to be involved in denazification proceeding, which has proved to be a considerable handicap to management in making appointments; and the appointments are held up because the works council does not bring forth the necessary approval for the persons they don't like. In the works council dominated by Communists that is used as a means of obstruction. Evidently both the minister presidents and economic councils decided this was something that should be stopped by the Germans by appreciative prohibitive legislation and that it would be interesting to see what happens.

The only other thing I would like to mention is, that the constitution of the two major parties seems to have pretty well crystalized by this time. Both parties have constitutional committees and these committees continue to funktion but they have produced preliminary reports which are pretty detailed.⁹¹

With reference to the constitution, incidentally, General Clay, in view of the exchange of views in connection with that problem, direct and indirect representatives, there are also considerable elements in the CDU who favor direct election of the constitutional convention. For example, the chairman of the constitutional committee⁹² definitely told me that they would much prefer to see the constitutional convention directed and I think the same thing is true of Mueller⁹³ and his group in Bavaria, so there are differences of opinion on that score; but I think, in view of the extent to which constitutional views are crystalizing, it is possible to have a fair idea as to what the constitutional compromise will look like.

GENERAL CLAY: In view of the fact that we are in for quite a siege and to release as much of our air traffic to German needs as we can – and also because of lavish living, under a period in which the Germans will be under strict control – and as a result of our actions, I would like to ask that the word be passed along asking all of our people to refrain from giving any parties at which food is served until further notice.

⁹⁰ Am 5./6. Juni 1948 fand in Düsseldorf eine Konferenz der Ministerpräsidenten der Bizone mit Vertretern der Länderregierungen der französischen Zone, der deutschen Kohlebergbauleitung, der Gewerkschaften und der Verkehrsverwaltungen statt. Diese „Kohlekonferenz“ erörterte Maßnahmen zur Steigerung der Kohleproduktion.

⁹¹ Vgl. W. Sörgel, Konsensus und Interessen, eine Studie zur Entstehung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1969; K. Niclaß, Demokratiegründung in Westdeutschland. Die Entstehung der Bundesrepublik von 1945–1949, München 1974, S. 122 ff.

⁹² Vorsitzender des Verfassungsausschusses der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU war Heinrich von Brentano.

⁹³ Josef Müller („Ochsensepp“), stellvertretender Ministerpräsident und Justizminister in Bayern und zugleich Vorsitzender der CSU war wegen seiner weniger föderalistischen Einstellung innerhalb seiner Partei heftig umstritten. Vgl. W. Benz, Föderalistische Politik in der CDU/CSU. Die Verfassungsdiskussion im „Ellwanger Kreis“, VfZ 25 (1977), S. 776 ff.

All clubs and messes will be advised accordingly. Snack bars will be closed down to very limited purchases. In every way possible we will try to minimize the air haul that we are putting up here so that it will make more space available for bringing in German supplies. As far as parties are concerned, you can have them as long as you don't serve food. I want it to be on a voluntary basis.

I also want a study made to determine the extent to which we can ration petrol and, for the time being, cut out all those uses of gasoline and lubricating oils which have to do with pleasure such as motor boating on the lake and what not.

While it isn't necessary because we have the air lift, it seems to me that it is very desirable to make as much of it as possible available to maintain the German population as long as we can. If you will get to work and put that in a bulletin I would appreciate it.

I would appreciate it if all of you would call your people in and on this food business ask them to do it on a voluntary basis and also to accept rationing of gasoline on the movement of cars for business only until the situation settles down.

GENERAL HAYS: I would like to introduce our new Inspector General, Major General Evans⁴⁴, who has just arrived in the Theater.

GENERAL CLAY: Thank you very much. Next Saturday: same place, same time.

- 1155 hours -

⁴⁴ Evans löste Gen. Louis A. Craig als Inspector General, EUCOM ab.